



Unternehmen packen's an – Skepsis bleibt

IHK-Energiewende-Barometer 2013

Fakten | Trends | Forderungen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Mit dem „Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Ergebnisse dreier Umfragen vor:

- einer Online-Unternehmensbefragung, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben,
- einer Online-Umfrage unter den Energieexperten in den Industrie- und Handelskammern sowie
- einer Umfrage unter den sogenannten IHK-Federführern Energie in den 16 Bundesländern. Sie koordinieren die energiepolitische Arbeit der IHKs in den jeweiligen Bundesländern.

Grundlage der Auswertung der Unternehmensbefragung sind 2.394 Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (40 Prozent), Bauwirtschaft (vier Prozent), Handel (17 Prozent) und Dienstleistungen (39 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 17 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 39 Prozent aus dem Westen, zu 15 Prozent aus dem Osten und zu 30 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragungen fanden vom 5. bis 25. Juni 2013 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	2
2	Wozu das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation dient	5
3	Wettbewerbsfähigkeit: Derzeit mehr Risiken als Chancen für die deutsche Wirtschaft ...	6
4	Im Fokus: Welche Folgen hat die Energiewende für den Industriestandort Deutschland?	16
5	Energiepreise: Die Sorgen bleiben	22
6	Versorgungssicherheit: Risikofaktor für viele Unternehmen.....	27
7	Unternehmen setzen auf strategisches Energiemanagement.....	32
8	Sechzehn Bundesländer – eine Energiewende?	38
9	Die Wirtschaft fordert: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern...	41

1 Das Wichtigste in Kürze

1. Die Skepsis bleibt: Weiterhin mehr Risiken als Chancen im Wettbewerb

- Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2013 mit -10,7. Damit hat sich der Wert des Energiewende-Barometers gegenüber 2012 (-12,5) wenig verändert, die Skepsis der Unternehmen bleibt.
- Nur für einen Teil der Unternehmen wirkt sich die Energiewende positiv oder sehr positiv auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit aus (16 Prozent). Unter den bisherigen Rahmenbedingungen kann die deutsche Wirtschaft die Chancen der Energiewende noch nicht wie erhofft realisieren.
- Chancen und Risiken nähern sich nur in der Bau- und Dienstleistungsbranche an: Dienstleistungsunternehmen bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit -2 (2012: -4) fast neutral und beim Baugewerbe halten sich die negativen und positiven Einschätzungen mit einem Barometerwert von 0 sogar die Waage (2012: -7,5).
- Der Handel ist mit -15,3 zwar weiterhin kritisch, bewertet die Energiewende aber um fast fünf Punkte besser als 2012 (-20) – ganz im Gegensatz zur Industrie.



2. Industrie unter Druck – Gegenmaßnahmen weitgehend ausgeschöpft

- Die Industrie bleibt mit einem Barometerwert von -27 bei ihrer kritischen Bewertung (2012: -26,5): Mehr als die Hälfte aller Industriebetriebe verbindet mit der Energiewende einen Rückgang der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Positiv wirkt sich die Energiewende bei nur rund zwölf Prozent aus.

- Industriebetriebe haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den steigenden Energiekosten zu begegnen: Effizienzinvestitionen, Aufbau eigener Versorgung und Lieferantenwechsel stehen ganz oben auf der Agenda. Das Potenzial dieser Maßnahmen ist aber in vielen Fällen ausgeschöpft.
- Jeder vierte Industriebetrieb befasst sich mit der Möglichkeit von Produktionsverlagerungen ins Ausland. Drei Prozent haben bereits Verlagerungen vorgenommen, acht Prozent sind in der Umsetzung und 14 Prozent planen dies. Noch höher ist die Bereitschaft zu Verlagerungen unter besonders energieintensiven Industriebetrieben. Es zeigt sich: Die Attraktivität des Industriestandorts Deutschland leidet.

3. Regionen gleichen sich an, Mittelstand und Großunternehmen ebenso

- Die Energiewende wirkt sich regional unterschiedlich aus. Während sich im Norden Gewinner und Verlierer fast die Waage halten (Barometerwert -5), werden die Folgen im Süden und Westen deutlich negativer eingeschätzt (beide -11). Am geringsten ist die Bewertung der ostdeutschen Wirtschaft (-14).
- Gegenüber der letzten Befragung rücken die Regionen enger zusammen: Während der Norden die Energiewende kritischer bewertet (2012: -2), sind der Westen (2012: -15) und Osten (2012: -19,5) optimistischer und der Süden unverändert.
- Wie im vergangenen Jahr bewertet der Mittelstand die Energiewende mit -16,5 (20-249 Mitarbeiter) bzw. -15 (250-499 Mitarbeiter) besonders kritisch.
- Während kleine Unternehmen optimistischer sind als im vergangenen Jahr, ist die Einschätzung der Energiewende bei großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern gegen den positiven Trend von -4,5 auf -12 abgefallen – und nähert sich damit der Bewertung des Mittelstands an.

4. Energiepreise steigen, Versorgungssicherheit ist ungewiss

- Die Energiepreise, insbesondere die Strompreise, sind in Deutschland hoch, eine Aussicht auf Besserung besteht nicht. Mehr als 50 Prozent der Unternehmen sagen daher: Die Bedeutung der Energiepreise ist in den letzten zwölf Monaten gestiegen.
- Gestiegen ist auch der Anteil der Unternehmen, die versuchen die Energiekosten an ihre Kunden weiterzugeben; jedes zehnte Unternehmen hat dies bereits getan (2012: drei Prozent).
- Viele Unternehmen sind skeptisch, was die Qualität der öffentlichen Versorgung für die Zukunft betrifft: Mehr als jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) sagt, dass für sie die Bedeutung von Störungen der Stromversorgung zugenommen hat.
- Ausfälle über drei Minuten wurden von jedem achten Unternehmen (12 Prozent) verzeichnet. In jedem sechsten Unternehmen (16 Prozent) ab es Stromausfälle unter drei Minuten - also solche, die statistisch nicht erfasst werden. In fast jedem zehnten Betrieb kam es aufgrund der Unterbrechungen zu Kostenbelastungen. Bereits ein kurzer Strom- oder Gasausfall verursacht für ein Unternehmen einen durchschnittlichen Schaden von 10.000 Euro.

5. Mit Energieeffizienz und Eigenerzeugung Risiken minimieren

- Immer mehr Unternehmen machen sich über einen strategischen Energiebezug und einen besseren Energieeinsatz im Betrieb Gedanken. Maßnahme Nr. 1 ist dabei die Steigerung der Energieeffizienz: Der Anteil der Unternehmen mit bereits realisierten Maßnahmen hat sich seit 2012 von neun auf 17 Prozent fast verdoppelt, auch der Anteil der Unternehmen mit laufenden Maßnahmen ist angestiegen (38 Prozent). Insgesamt setzen 79 Prozent der Unternehmen auf Energieeffizienz – und damit noch mehr als im Vorjahr.
- Zudem setzt eine steigende Zahl der Unternehmen auf energieeffiziente (Vor-)Produkte und Dienstleistungen: Die Zahl der Unternehmen, die hier Maßnahmen umgesetzt haben, hat sich im Vergleich zur Vorumfrage verdoppelt.
- Unvermindert weiter geht der Trend zur Eigenerzeugung: 16 Prozent der Unternehmen decken einen Teil ihres Strombedarfs bereits aus eigener Erzeugung. Der Anteil der Unternehmen mit laufenden und geplanten Maßnahmen bleibt mit 23 Prozent hoch.
- Steigende Chancen ergeben sich für neue Formen der Vermarktung von Erneuerbarer Energien. Mehr als ein Drittel der Unternehmen setzt bereits auf den Bezug von grünem Strom oder plant dies.

6. Die Wirtschaft fordert: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern

- Der Netzausbau bleibt zentrales Thema. 78 Prozent der Unternehmen sehen die Politik in der Pflicht, dadurch die Versorgungssicherheit in einem auf Erneuerbaren Energien beruhendem System langfristig sicherzustellen. Dafür notwendig ist u.a. die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, wie es 65 Prozent der Unternehmen fordern.
- Mit Blick auf die steigenden Kosten fordern 61 Prozent der Unternehmen eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis. Die staatlichen Belastungen der Strompreise sind für Unternehmen und private Haushalte seit der Liberalisierung 1998 von etwa zwei auf über 30 Mrd. Euro gestiegen.
- Koordination verbessern: Zwei Drittel der Unternehmen fordern, dass die Abstimmung der politischen Ziele und Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung aber auch zwischen den Bundesländern sowie zwischen Bund und Ländern verbessert werden muss. Die Politik ist aufgerufen, die Energiewende als das vielfach postulierte Gemeinschaftswerk umzusetzen.

2 Wozu das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation dient

Deutschland ist eine Versuchslabor für den Aufbau eines kernenergiefreien und CO₂-armen Energiesystems. Die deutsche Energiewende steht daher im Fokus der weltweiten Öffentlichkeit - sie wird aber im Ausland durchaus unterschiedlich bewertet: Einschätzungen reichen von einem unkalkulierbaren Wagnis bis hin zu einer Vorbildfunktion. Es besteht daher erheblicher Druck, die Energiewende zu schaffen – für die Politik, aber auch für die Wirtschaft.

Die Energiewende ist ein hochkomplexes Projekt mit ehrgeizigen Zielen. Sie hat den Anspruch, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu bestimmen. Zugleich hängt die Zukunft des Wirtschaftsstandortes von ihrem Gelingen ab. Manche Ziele werden aus heutiger Sicht übererfüllt (Ausbau der erneuerbaren Energien), andere deutlich verfehlt (Netzausbau, Anpassung des Kraftwerksparks). Das Postulat, dass die Strompreise wettbewerbsfähig bleiben, erfüllt sich nicht. Die Energiewende ist in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst ein politisches Projekt, das durch Gesetze und Verordnungen gestaltet wird. Der Umbau des gesamten Energiesystems findet aber letztlich ganz konkret in den Regionen und in den Unternehmen statt. Erst hier zeigt sich dann, ob Anspruch und Wirklichkeit der Energiewende übereinstimmen und welche Nachjustierungen des Projekts erforderlich sind. Deshalb befragt der DIHK einmal jährlich Unternehmen und IHK-Experten nach ihren Einschätzungen zu Fortschritten und Defiziten.

Dieses zweite Energiewende-Barometer beruht auf einem Fragenkatalog zu Energiepreisen, -einsatz und -versorgung, zu Maßnahmen, mit denen die Unternehmen auf die Folgen der Energiewende reagieren, und zu den Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Soweit nach Energiepreisen gefragt wird, reflektieren die Antworten auch Entwicklungen auf den Weltmärkten für Öl und Gas, auf die die deutsche Energiewende keinen direkten Einfluss hat. Beides steht aber dennoch in enger Beziehung, da die Energiewende die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern und deren Preiskapriolen senken soll. An der Umfrage im Juni 2013 haben sich insgesamt 2.394 Unternehmen beteiligt, etwas mehr als bei der ersten Befragung 2012.

3 Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende: Derzeit mehr Risiken als Chancen für die deutsche Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist bislang aufgrund ihrer langen auf der Industrie basierenden Wertschöpfungsketten im europäischen Vergleich gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Auch in Zukunft muss der Standort Deutschland für Unternehmen aller Wertschöpfungsstufen attraktiv bleiben und Möglichkeiten zur Entwicklung bieten. Denn Unternehmen können sich nur im Wettbewerb behaupten, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen und Qualitäten auf dem heimischen sowie globalen Markt anbieten können.

Voraussetzung dafür ist eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Bezogen auf die Energiewende heißt das: Sie darf nicht dazu führen, dass die Belastungen für Unternehmen höher sind als die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung, die die Energiewende auch bietet. Es gilt also, Risiken des „Generationenprojektes Energiewende“ zu mindern und es so per Saldo zu einem Gewinn für den Standort Deutschland zu machen.

Zu den möglichen Chancen zählen insbesondere Innovationen und technologische Entwicklungen bei der Erzeugung, der intelligenten Verteilung und beim sparsamen Einsatz von Energie sowie die Erschließung neuer Geschäftsfelder. Zu einer höheren Wertschöpfung in Deutschland durch eine eigene Energieversorgung kommen perspektivisch die geringere Abhängigkeit von endlichen Energierohstoffen und eine Entlastung von Klima und Umwelt hinzu.



Abbildung 1: DIHK-Energiewende-Barometer.

Demgegenüber kann sich die derzeit laufende Umstellung der Energieversorgung auf eine erneuerbare Basis auch auf vielfältige Weise negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Hohe und absehbar weiter steigende Stromkosten und Risiken bei der Versorgungssi-

cherheit machen vielen Betrieben Sorge (vgl. Kapitel 5 und 6). Dahinter steht, dass sich Erneuerbare Energien aufgrund ihrer Erzeugungskosten und mangelnder Steuerbarkeit noch nicht am Markt behaupten können, die deshalb erforderlichen Subventionen den staatlichen Anteil am Strompreis in die Höhe treiben. Zudem sind die Netze nicht ausreichend auf dezentrale und volatile Erzeugung ausgelegt und das Angebot gesicherter Erzeugungskapazitäten lohnt sich im aktuellen Marktumfeld immer weniger. An Speichertechnologien, die eine Entlastung des Systems in relevanten Größenordnungen ermöglichen können, wird verstärkt geforscht. Bis zur Marktreife wird aber noch viel Zeit vergehen.

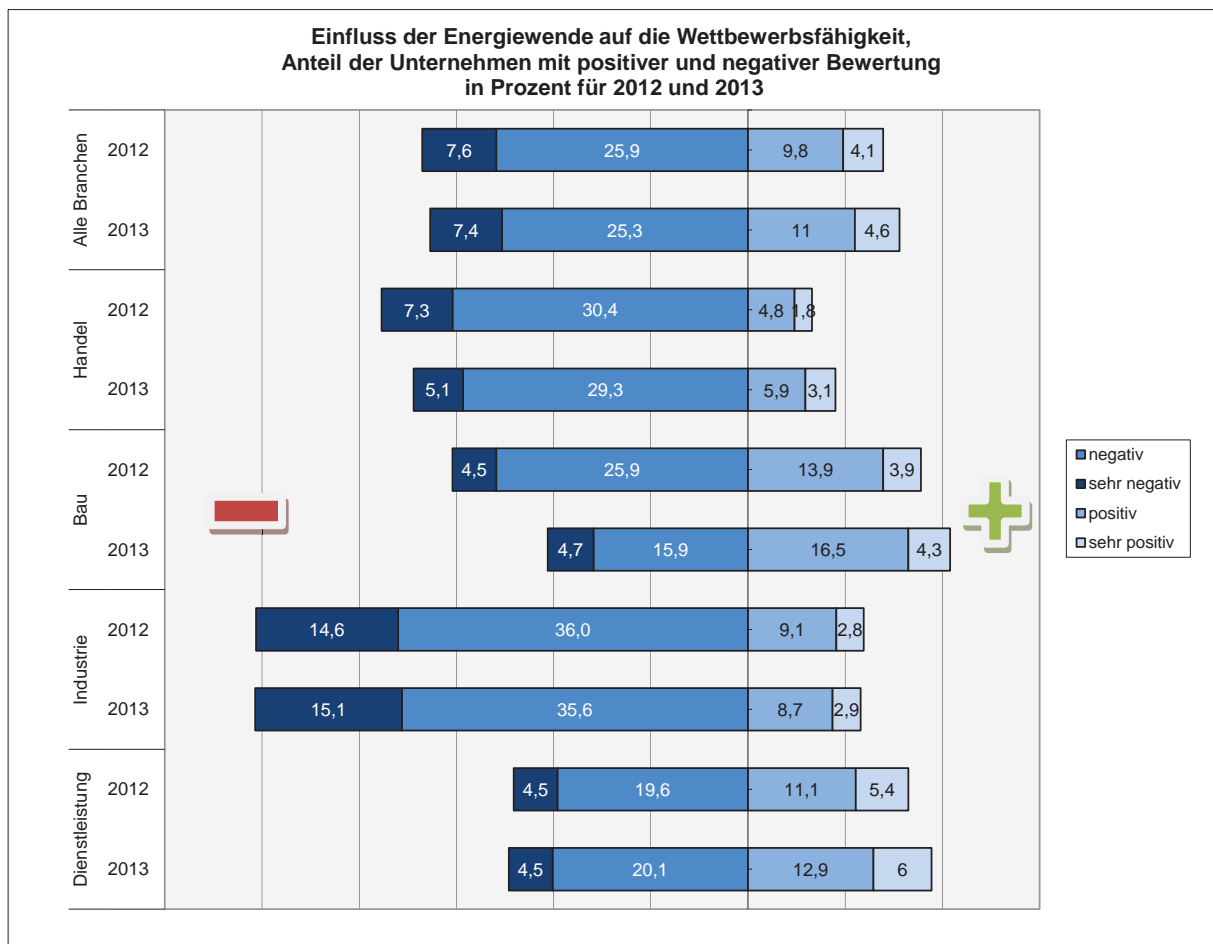


Abbildung 2: Bewertung Energiewende. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.¹

So ist es wenig verwunderlich, dass sich die Chancen und Risiken der Energiewende aus Sicht der Unternehmen nicht die Waage halten. Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei **-10,7²**. Der Wert des Energiewende-Barometers ist damit gegenüber 2012 (-12,5)³ zwar leicht angestiegen, ist aber von dem Ziel eines Wertes mit positivem Vorzeichen weiterhin

¹ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

² Der Wert beruht auf den Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

³ IHK-Energiewende-Barometer 2012: Noch überwiegt die Skepsis.

deutlich entfernt. Erst ein positiver Wert drückt aus, dass die Energiewende aus der Perspektive der Betroffenen mehr Chancen als Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bietet.

44 Prozent der Unternehmen sehen keine Auswirkungen der Energiewende auf ihr Unternehmen bzw. positive und negative Auswirkungen halten sich die Waage, etwas weniger als 2012. Entsprechend angestiegen ist der Anteil der Betriebe, die ihre Wettbewerbsposition durch die Energiewende beeinflusst sehen. Für ein Drittel wirkt sich die Energiewende bislang sehr negativ (sieben Prozent) oder negativ (25 Prozent) aus. Aber auch der Anteil der Unternehmen, die eine positive Bewertung vornehmen, ist seit letztem Jahr etwas gestiegen. Fünf Prozent schätzen die Auswirkungen auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit sehr positiv und elf Prozent positiv ein.⁴

Zwei Erklärungen bieten sich an, warum der Barometerwert um 1,8 Punkte im Vergleich zu 2012 gestiegen ist: Zum einen haben sich viele Unternehmen an die Energiewende angepasst und (Gegen-) Maßnahmen implementiert, indem sie z.B. in Eigenerzeugung investiert haben. Sie fühlen sich daher besser gerüstet für die weiteren Herausforderungen. Zweitens fand die Befragung 2012 im Oktober rund um die Bekanntgabe der Erhöhung der EEG-Umlage um fast 50 Prozent statt. Im Juni 2013 bestand dieser Effekt nicht.

Die Energiewende im Regionenvergleich

Ein genauer Blick in die Regionen Deutschlands zeigt, dass sich die Energiewende je nach Standort unterschiedlich auswirkt. Während sich im **Norden** die Gewinner und Verlierer fast die Waage halten (Barometerwert -5), werden die Folgen der Energiewende im **Süden** und **Westen** bereits negativer eingeschätzt (beide -11). Noch schwerer wiegen die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit im **Osten**, wo die durchschnittliche Bewertung bei -14 liegt. Damit rücken die Bewertungen in den einzelnen Regionen gegenüber der letzten Befragung enger zusammen: Während der Norden die Auswirkungen auf die Energiewende 2012 mit -2 weniger negativ bewertet hat, haben sich die Bewertungen im Westen (2012: -15) und Osten (2012: -19,5) verbessert und sind im Süden gleich geblieben.

Die Energiewende wird in den östlichen Bundesländern weiter am negativsten gesehen. Nur etwa jedes zehnte Unternehmen (elf Prozent) zieht eine positive Bilanz. Knapp die Hälfte der Betriebe (49 Prozent) muss hingegen Abstriche hinnehmen. Zwar konnten in der Region hohe Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien aufgebaut werden, damit gehen aber höhere Kosten durch Netzentgelte insbesondere wegen Überkapazitäten an windigen Tagen einher. Hinzu kommt, dass die ostdeutsche Wirtschaft energieintensiver ist (vgl. Kapitel 5). Fast jedes vierte Unternehmen hat dort einen Stromkostenanteil am Umsatz von mehr als vier Prozent. Gleichzeitig hat sich die durch die Einspeisevergütungen gestützte Nachfrage nach Solarmodulen abgeschwächt. Die hohen Überkapazitäten und die Konkurrenz aus Asien bereiten den vielfach in Ostdeutschland ansässigen Herstellern und Zulieferern weiter große Probleme.

Auch in den westlichen Bundesländern bereitet die Energiewende vielen Unternehmen Sorgen: Für ein Drittel leidet die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig können nur 14 Prozent der

⁴ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

Unternehmen von der Energiewende profitieren. Mit einem Barometerwert von -29,5 zeigt sich die Industrie besonders negativ betroffen.

In Süddeutschland ergibt sich ein differenziertes Bild: Mit 17 Prozent ist der Anteil der Unternehmen, die über die Energiewende an Wettbewerbsstärke gewinnen, vergleichsweise hoch. Der Anteil der Unternehmen, die negative Auswirkungen beobachten, ist nahe dem nationalen Durchschnitt, hat sich gegenüber dem letzten Jahr allerdings erhöht. Zwar kann ein Teil der Unternehmen von der gestiegenen Nachfrage nach Effizienztechnologien profitieren, aber auch hier machen sich die hohen Kosten der Energiewende und Risiken beim Absatz von EE-Anlagen bemerkbar. In der süddeutschen Industrie nehmen inzwischen 51 Prozent der Unternehmen eine negative Bewertung der Auswirkung der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit vor.

Auch bei norddeutschen Unternehmen fällt die Bilanz der Energiewende insgesamt negativ aus und ist zudem drei Punkte schlechter als im vergangenen Jahr. Dennoch bewertet der Norden die Energiewende weiterhin am positivsten von allen Regionen. Im Vergleich ist der Anteil an Unternehmen, für die sich die Energiewende positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt mit 17 Prozent weiter am höchsten und der Anteil der Negativbewertungen mit 27 Prozent am niedrigsten. Eine ganz deutliche Verschlechterung ergibt sich bei den negativen Bewertungen durch die Industrie, die von 43 auf 56 Prozent nach oben geschneilt sind. Hintergrund dafür sind in jedem Fall auch die Probleme bei der Errichtung und Anbindung der Offshore-Windparks, an denen viele Unternehmen direkt oder indirekt als Zulieferer beteiligt sind.

Die Energiewende im Branchenvergleich

Energiewende setzt Industrie unter Druck

Gegen den allgemeinen Trend bleibt die **Industrie** bei ihrer sehr kritischen Bewertung des Projektes Energiewende mit Blick auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Die Hälfte der Unternehmen sieht einen Rückgang ihrer Wettbewerbsfähigkeit: 36 Prozent bewerten die Auswirkungen als negativ, 15 Prozent sogar als sehr negativ. Dem stehen nur neun Prozent mit einer positiven und drei Prozent mit einer sehr positiven Bewertung gegenüber. Das Ergebnis entspricht einem Wert von **-27,0** auf dem Energiewende-Barometer. Gegenüber 2012 eine Abnahme von 0,5 Punkten.

Zu berücksichtigen ist dabei die Rolle, die die Industrie für Wertschöpfungsketten und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands spielen. 26 Prozent betrug der Anteil des produzierenden Gewerbes am gesamten Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012.⁵ Anders als in den meisten anderen EU-Länder konnte die Industrie ihren Anteil am BIP in den vergangenen Jahren halten und insbesondere für die Dienstleistungsbranche, die in Deutschland eng mit der Industrie verflochten ist, Impulse setzen. Vor diesem Hintergrund ist der Anteil an Industrieunternehmen bedenklich gering, für die sich die Energiewende aus ihrer Sicht positiv auswirkt (zwölf Prozent).

Da Industriebetriebe typischerweise einen höheren Energieeinsatz als Betriebe in anderen Branchen haben, wirken sich Preissteigerungen und empfundene Risiken hinsichtlich der

⁵ Ohne Bauindustrie.

Versorgungssicherheit umso gravierender aus. Dies zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Industrieunternehmen, die eine neutrale Bewertung vornehmen mit 33 Prozent deutlich geringer ist als über die anderen Branchen hinweg (46 Prozent).

Dass die Mehrheit der Industrieunternehmen eine negative Bewertung vornimmt, ist aber nicht nur den direkten Auswirkungen hoher Strompreise anzulasten. Vielmehr müssen diese Unternehmen hohe und langfristig abgesicherte Investitionen tätigen, um sich an die gestiegenen Strompreise und Risiken in der Stromversorgung anzupassen. Investitionen in Effizienztechnologien und in die Eigenversorgung mit Energie stehen hoch im Kurs (vgl. Kapitel 7), um weiter im Wettbewerb bestehen zu können. Sie schränken aber die finanziellen Möglichkeiten in anderen Bereichen ein. Nicht alle Unternehmen haben die entsprechenden personellen und finanziellen Kapazitäten, an manchen Stellen sind auch technische Grenzen für lohnenswerte Effizienzsteigerungen erreicht.

Industriestandort Deutschland im internationalen Wettbewerb

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und im besonderen Maße der Industrie bestimmen sich aber nicht allein an den Rahmenbedingungen in Deutschland. Wettbewerbsfähigkeit muss vielmehr im europäischen und internationalen Vergleich erhalten bleiben, wie sich am Beispiel der aktuell sehr niedrigen Strom- und insbesondere Gaspreise in den USA deutlich zeigt. Bisher wurde angenommen, dass die Verfügbarkeit wirtschaftlich gewinnbarer fossiler Energieträger so begrenzt ist, dass die Preise angesichts des globalen Energiehungers nur den Weg nach oben kennen. Die zunehmende Gewinnung von Schiefergas und –öl könnte das Preisniveau fossiler Energieträger aber zumindest auf absehbare Zeit nachhaltig senken.

Fraglich ist, ob Deutschland dann mit seiner im Vergleich teuren Stromerzeugung weiter als Industriestandort im Wettbewerb bestehen kann. Sobald Maßnahmen zur Abfederung gestiegener Strompreise am Standort Deutschland ausgeschöpft sind, macht sich ein Industriebetrieb Gedanken, ob er die Produktion verlagern oder einschränken muss (vgl. Kapitel 5). Produktionsverlagerungen sind langfristig nur zu verhindern, wenn die Kosten der Energiewende begrenzt, die bestehenden Vergünstigungen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen, wie z.B. die besondere Ausgleichsregelung des EEG, erhalten bleiben.

Handel in der Kostenfalle

Nicht nur in der Industrie, auch beim **Handel** fällt die Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit negativ aus. Immerhin liegt der Wert des Energiebarometers für diese Branche aber mit -15,3 rund fünf Punkte höher als im vergangenen Jahr. Hinter diesem Wert steht ein Drittel der Unternehmen aus dem Handel, die die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit negativ bewerten. Gleichzeitig kann nur ein kleiner Anteil der Handelsunternehmen von der Energiewende profitieren. Sechs Prozent sehen positive, nur drei Prozent sehr positive Auswirkungen – weniger als in allen anderen Branchen.

Im Handel ist die Stromintensität meist niedrig: Bei 69 Prozent beträgt der Anteil der Stromkosten am Umsatz weniger als zwei Prozent. Da die Margen im Handel häufig gering sind, die Konkurrenz aber groß ist, wirken sich steigende Stromkosten bei Unternehmen mit höhe-

rer Stromintensität besonders gravierend aus. Immerhin: Fast jedes zehnte Handelsunternehmen hat einen Stromkostenanteil am Umsatz von mehr als vier Prozent. Zu nennen sind zum Beispiel Lebensmittelhändler, die neben Klimatisierung und Beleuchtung von Ladenlokalen auch einen hohen Stromverbrauch für die Kühlung von Lebensmitteln zu stemmen haben. Der Anteil der Unternehmen, die Maßnahmen zur Weitergabe der Kosten an ihre Kunden eingeleitet haben, ist im Vergleich zum letzten Jahr zwar angestiegen, aber weiterhin geringer als in anderen Branchen (vgl. Kapitel 5). Geringe Eigenkapitalquoten schränken darüber hinaus für viele Unternehmen Investitionsmöglichkeiten in Energieeffizienz, z. B. in neue Kühltechnik, ein.

Die im Vergleich zum letzten Jahr nicht mehr ganz so negative Bewertung der Energiewende ist auch der Tatsache geschuldet, dass viele Unternehmen Strategien entwickeln und umsetzen, um ihre Betroffenheit von hohen Strompreisen abzdämpfen. Dazu gehört neben Effizienzmaßnahmen auch die Reduzierung des Fremdbezugs von Strom, z.B. durch die Nutzung von Photovoltaikanlagen.

Perspektiven für Bau- und Dienstleistungsbranche

Besser als die beiden anderen Branchen stehen die Bau- und Dienstleistungsbranche dar. Nach Einschätzung der **Bauunternehmen** halten sich die negativen und positiven Auswirkungen der Energiewende mit einem Barometerwert von Null sogar die Waage. Im vergangenen Jahr lag dieser Wert noch bei -7,5. Vier Prozent der Unternehmen ziehen ein sehr positives Fazit, 17 Prozent ein positives.

Hinter diesem Ergebnis stehen die erwarteten hohen Investitionen in die Gebäudesanierung, in Infrastrukturmaßnahmen und natürlich die Installation von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien, von denen ein Teil der Baubranche profitieren kann. Aber auch hier stellen die hohen Strompreise eine Belastung dar, zumal die Stromintensität höher ist als beim Handel und in der Dienstleistungsbranche. Immerhin etwa jedes fünfte Unternehmen nimmt eine negative Bewertung vor (16 Prozent „negativ“, fünf Prozent „sehr negativ“). Insofern mag die Enttäuschung darüber nachwirken, dass die Politik sich nicht auf Maßnahmen zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung hat einigen können. Deutlich angestiegen gegenüber letztem Jahr ist mit 56 Prozent der Anteil der Bauunternehmen, die eine neutrale Bewertung vornehmen. Für diese Unternehmen gleichen sich Vor- und Nachteile also aus oder sie sind aufgrund geringer Energiekosten nicht wesentlich betroffen.

Fast ausgeglichen – wenn auch mit -2 weiter leicht negativ – bewerten Unternehmen der **Dienstleistungsbranche** die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit (2012: -4). Dabei liegt der Anteil der Unternehmen mit neutraler Bewertung mit 49 Prozent noch relativ hoch. Gegenüber dem letzten Jahr ist der Anteil neutraler Bewertungen aber gesunken und gleichzeitig der Anteil sowohl negativer (25 Prozent) als auch positiver Bewertungen (19 Prozent) gestiegen.⁶ Hierin spiegelt sich die steigende Bedeutung der Energiewende sowohl als Geschäftsfeld, als auch als Risikofaktor für die Dienstleistungsbranche wider. Dabei spielen neben dem Preis auch Fragen der Versorgungssicherheit eine zunehmende Rolle. So sind zum Beispiel Rechenzentren sehr stromintensiv und an eine sichere und stabile Stromversorgung gebunden. Stromintensive Dienstleistungsbetriebe

⁶ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

können zudem anders als stromintensive Industrieunternehmen von den meisten Sonder- und Ausgleichsregeln nicht profitieren.

Die Energiewende im Unternehmensgrößenvergleich

Wie im Regionen- und im Branchenvergleich ergeben sich auch beim Vergleich der verschiedenen Unternehmensgrößen – klein, mittel, groß – Unterschiede in der Bewertung der Energiewende in puncto Wettbewerbsfähigkeit.

Mittelstand unter Wettbewerbsdruck

Über alle Unternehmensgrößen hinweg wird die Energiewende als eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit eingeschätzt, macht sich aber unterschiedlich intensiv bemerkbar. Wie im vergangenen Jahr zeigt sich eine besondere Betroffenheit des Mittelstands, der die Auswirkungen auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit negativer als Großunternehmen und Kleinunternehmen sieht. **Betriebe mit 250 bis 499 Mitarbeitern** schätzen die Auswirkungen im Schnitt mit **-15** ein. Für **Unternehmen** mit einer **Mitarbeiterzahl** von **20 bis 249** liegt die durchschnittliche Bewertung noch etwas negativer bei **-16,5**. Dennoch sind die Werte des Barometers gegenüber 2012 parallel zum allgemeinen Trend um einen bzw. 2,5 Punkte gestiegen.

Entsprechend ist auch der Anteil der Unternehmen, die positive Auswirkungen auf ihr Unternehmen sehen, mit 12,5 Prozent bzw. 17,7 Prozent zwar niedrig, hat sich aber gegenüber 2012 (jeweils zehn Prozent) erhöht. Gleichzeitig ist der Anteil der negativ Betroffenen im Mittelstand mit 38 bzw. 39 Prozent nach wie vor deutlich größer. Gerade für mittelständische Unternehmen fallen die Belastungen der Energiewende also weiter stark ins Gewicht; Chancen sind für sie schwerer zu realisieren: An die durch die Energiewende ausgelösten Umbrüche können viele von ihnen sich nicht so schnell anpassen; die Finanzierung von Innovationen stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Gleichzeitig stehen aber auch viele von ihnen mit hochspezialisierten Produkten im globalen Wettbewerb, können aber von Entlastungen wie der besonderen Ausgleichsregelung weniger oder gar nicht profitieren. Als Zulieferer stehen sie unter hohem Kostendruck und können Kostenerhöhungen nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben bzw. kompensieren.

Kleine Unternehmen sind optimistischer, große Unternehmen pessimistischer

Weniger problematisch als im Mittelstand liegt der Barometerwert für **kleinere Unternehmen** bei **-6** für Unternehmen mit zehn bis 19 Mitarbeitern und sogar im positiven Bereich mit einem Wert von **4** bei Unternehmen bis zu neun Mitarbeitern (2012 -7,5 bzw. -2,5). Allerdings ist die Strom- und Energieintensität bei diesen Unternehmen in der Regel auch weniger ausgeprägt.

Während beim letzten Energiewende-Barometer die Risiken für die eigene Wettbewerbsfähigkeit bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern mit einem vergleichsweise passablen Wert von -4,5 eingeschätzt wurden, ist die Bewertung nun mit -12 deutlich kritischer– und damit zwar immer noch besser als beim Mittelstand, aber nicht (mehr) weit davon entfernt. So ist der Anteil der Großunternehmen, die eine positive Bewertung vornehmen, von 24 auf 17 Prozent abgesackt. Hintergrund für diese Entwicklung dürften politische Diskussionen (Besondere Ausgleichsregel im EEG) und Entscheidungen (Rücknahme der Netzentgeltbe-

freierung) sein, die Sonder- und Ausgleichsregeln in Frage stellen bzw. einschränken. Der Anteil der Unternehmen mit mehr als 14 Prozent Stromkosten am Umsatz - also unter das Kriterium der Stromintensität nach der besonderen Ausgleichsregelung fallen - ist in diesem Segment mit 14,7 Prozent besonders hoch. Ohne diese Kostenentlastung könnten viele betroffene Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

Zudem haben sich für diese Unternehmen avisierte Chancen in neuen Geschäftsfeldern und/oder Absatzmärkten nicht oder nur teilweise realisiert. Da Unternehmen dieser Größenklasse in der Regel global aufgestellt sind, verwundert es nicht, dass deutlich mehr Betriebe Produktionseinschränkungen in Deutschland planen (vgl. Kapitel 5).

Und die Chancen der Energiewende?

Die Energiewende beeinflusst nicht nur den Energieeinsatz in den Unternehmen, sie prägt auch ihre Ausrichtung im Wettbewerb. So kann z.B. die Entwicklung neuer Effizienztechnologien im Ausland neue Absatzmärkte erschließen. Derzeit sehen aber nur die wenigsten Betriebe Chancen für ihre Geschäfte durch die Energiewende.

Nur eine Minderheit sieht neue Geschäftschancen

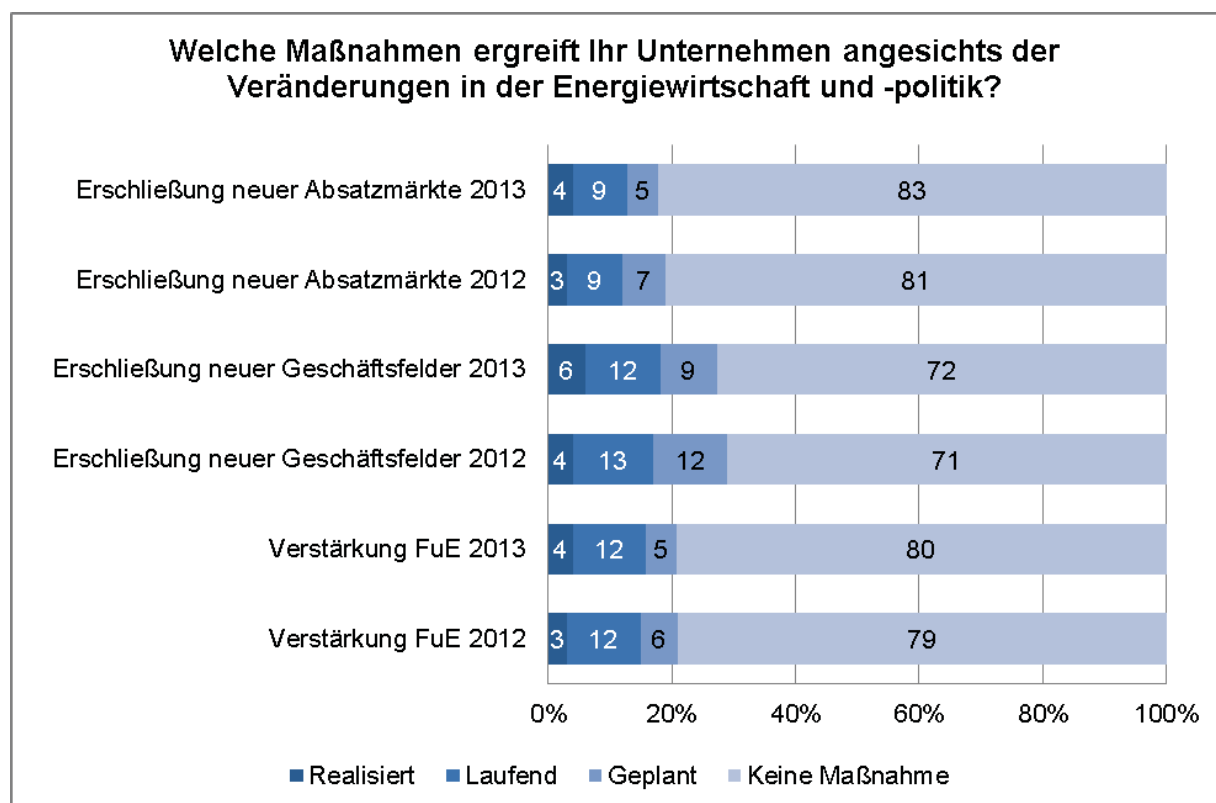


Abbildung 3: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die Energiewende wird gerne mit der Hoffnung verbunden, dass sich für viele Unternehmen neue Geschäftschancen ergeben. Die Bilanz ist derzeit eher ernüchternd. Zwar hat die Anzahl der Betriebe zugenommen, die neue Absatzmärkte erschlossen bzw. neue Geschäftsfelder aufgebaut haben – jedoch ist auch die Zahl der Unternehmen gestiegen, die keine diesbezüglichen Pläne haben. Einige Projekte haben sich zudem zerschlagen, da die geplanten Maßnahmen stärker sanken, als Projekte realisiert wurden. Vor allem gilt: Der über-

wiegende Anteil der deutschen Wirtschaft sieht in der Energiewende auch in den kommenden Jahren keine neuen Geschäftschancen.

Dafür steht die stark exportorientierte deutsche Industrie exemplarisch: Chancen für neue Absatzmärkte im Ausland sehen aktuell noch 38 statt 42 Prozent ein Jahr zuvor. Zwar stiegen die realisierten Maßnahmen von sieben auf neun Prozent, gleichzeitig sanken aber die Maßnahmen in Umsetzung von 24 auf 20 Prozent. Dies deutet daraufhin: Manche Projekte mussten bereits wieder aufgegeben werden, weil sich die Chancen als geringer erwiesen. Ein weiterer Grund ist, dass bisher nur wenige Länder dem deutschen Weg der Energiewende folgen. Billiges Gas sorgt in den USA für eine Industrierennaissance. Zudem haben auch andere Länder begonnen, Industrien in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz aufzubauen, die den deutschen Unternehmen zunehmend Konkurrenz machen.

Auch die IHK-Experten gehen von geringeren Geschäftschancen für die regionale Wirtschaft als 2012 aus: Nur noch 64 statt 77 Prozent erwarten positive oder sehr positive Auswirkungen. Entsprechend sehen auch nur noch 17 Prozent die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt (2012: 24 Prozent).

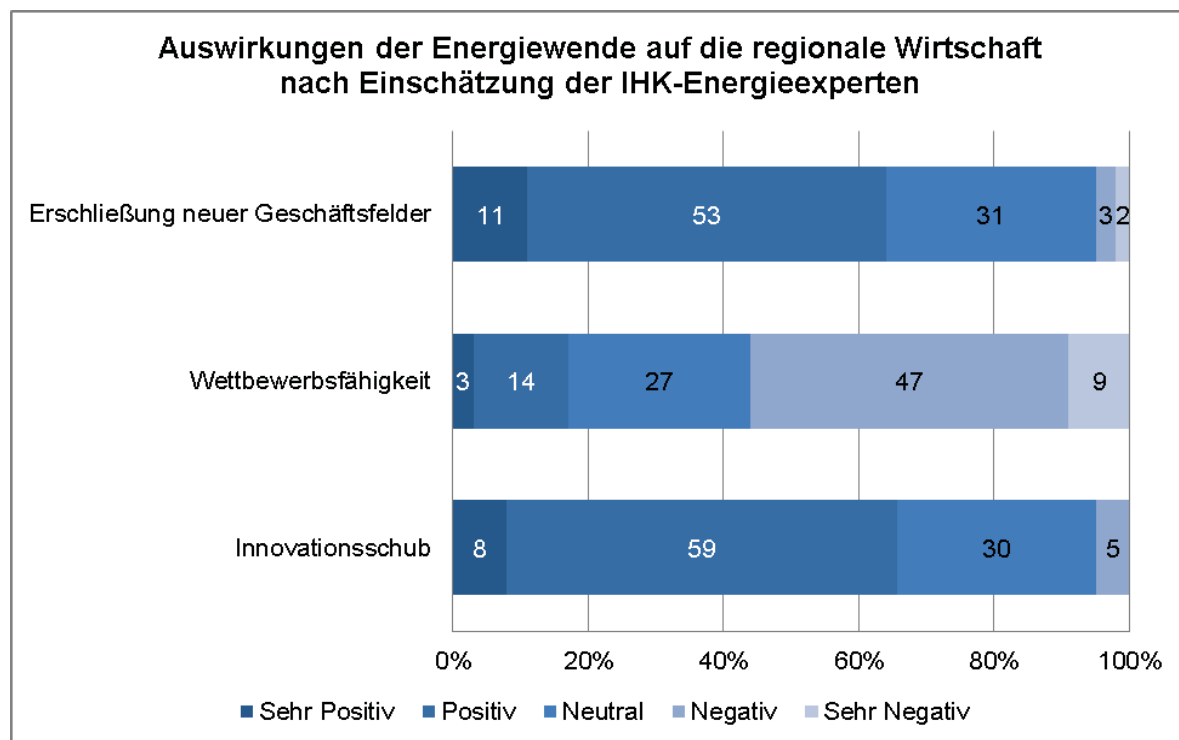


Abbildung 4: Regionale Auswirkungen der Energiewende. Quelle: Befragung der IHK-Energieexperten.

Auch die Erwartungen eines Innovationsschubs für die regionale Wirtschaft haben sich von 77 auf 67 Prozent abgekühlt. Dies deckt sich mit den Antworten der Unternehmen: Geschäftschancen sind für einige Unternehmen vorhanden, die breite Masse der Unternehmen und viele Regionen können aber von der Energiewende nicht profitieren.

Energieeffiziente (Vor-)Produkte und Dienstleistungen: Nachfrage wächst

Auch beim Einkauf von Vorprodukten und bei der Ausrichtung im Wettbewerb setzt die Wirtschaft auf Energieeffizienz: Bereits mehr als jedes vierte Unternehmen (27 Prozent) hat sich stärker auf energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen orientiert oder ist gerade dabei,

die eigene Strategie anzupassen. Ein Plus von sieben Prozentpunkten gegenüber 2012. Die realisierten Projekte haben sich innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. Nur noch drei von fünf Unternehmen denken nicht in diese Richtung; in der Industrie nur die Hälfte (51 Prozent) und bei den großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern nur jedes Dritte (36 Prozent).

Zwei von fünf Unternehmen (41 Prozent) setzen auf den Einkauf effizienter bzw. energiesparender Vorprodukte, was die Ausrichtung vieler Lieferanten auf das Angebot solcher Produkte erklärt. Auch hier haben sich die realisierten Maßnahmen fast verdoppelt. Wie bei der Marktausrichtung ist auch beim Einkauf effizienter Produkte die Unternehmensgröße ein entscheidender Faktor: Kleine Unternehmen sind mit 24 Prozent beteiligt, während große Unternehmen zu 64 Prozent zumindest in diese Richtung denken.

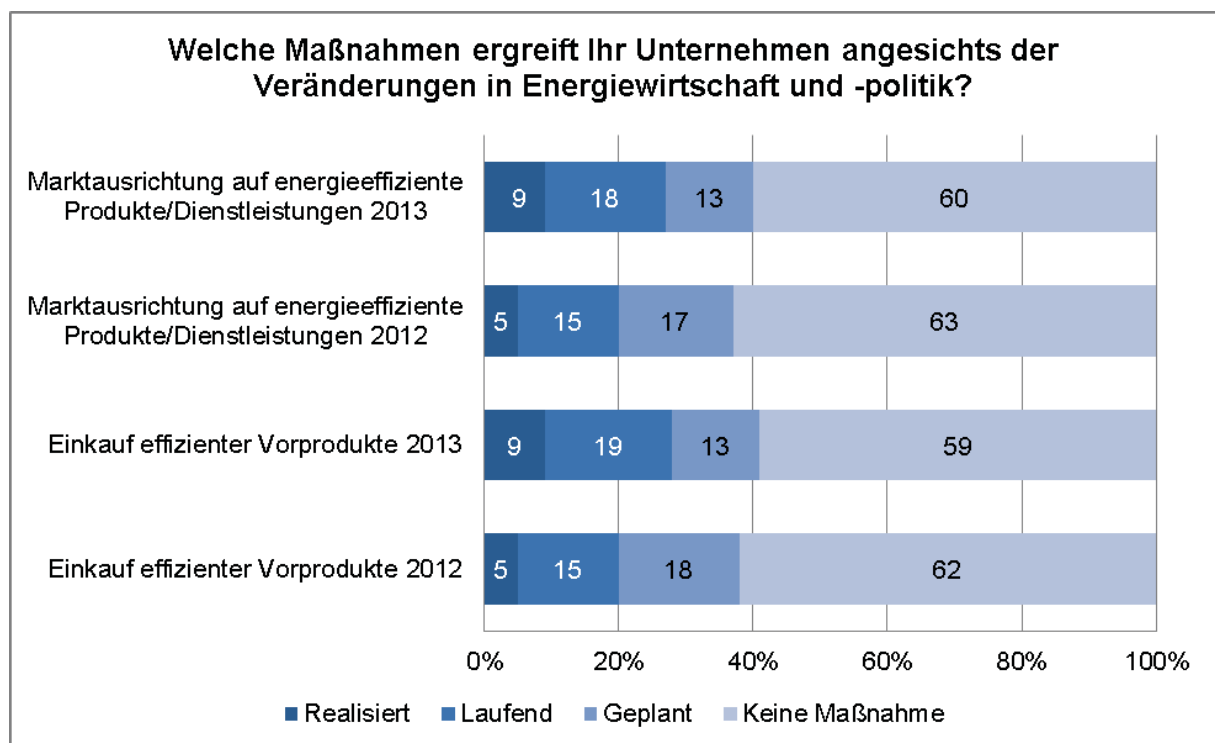


Abbildung 5: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

4 Im Fokus: Welche Folgen hat die Energiewende für den Industriestandort Deutschland?

Die Industrieunternehmen bleiben mit einem Barometerwert von -27 (2012: -26,5) bei ihrer kritischen Bewertung der Energiewende. Jedes zweite Industrieunternehmen in Deutschland sieht seine Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende gefährdet. 36 Prozent bewerten die Auswirkungen negativ, 15 Prozent sogar sehr negativ. Dem stehen nur neun Prozent mit einer positiven und drei Prozent mit einer sehr positiven Bewertung gegenüber.

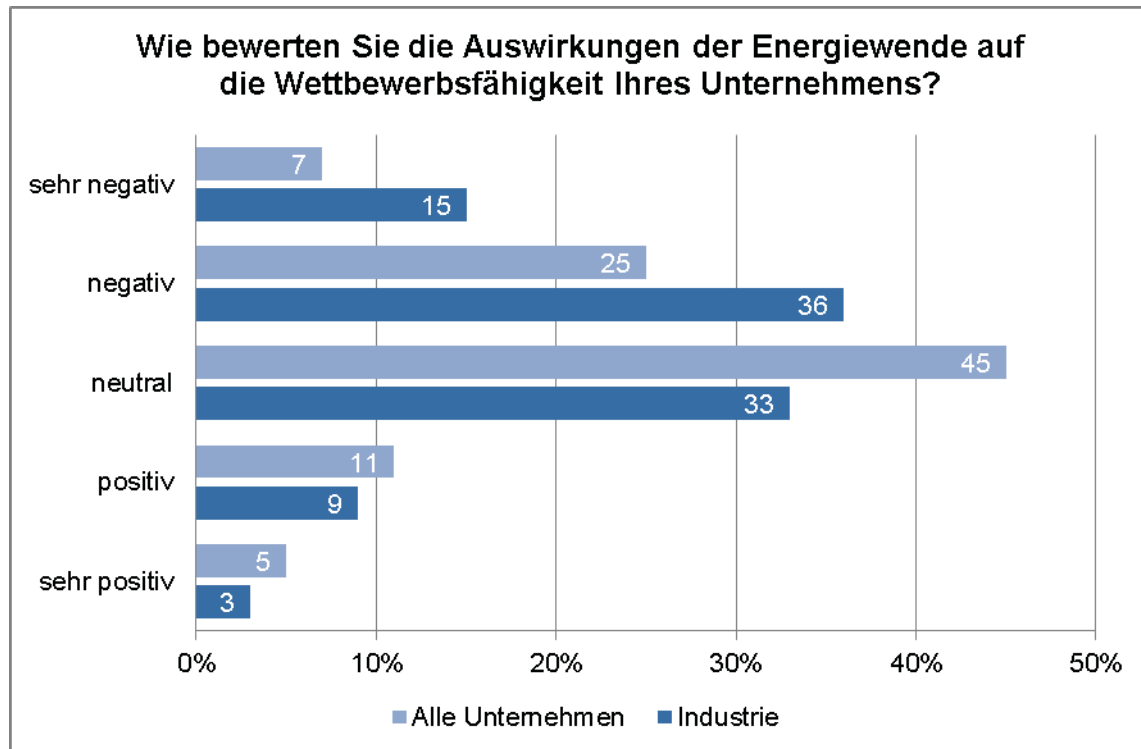


Abbildung 6: Beurteilung Auswirkung Energiewende Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁷

Produktionsverlagerung wird Realität

Tatsächlich hat die Energiewende einen spürbar negativen Einfluss auf die Attraktivität des Industriestandorts Deutschland. Mittlerweile planen 14 Prozent der Industrieunternehmen, Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlagern oder heimische Produktion zu verringern. Das ist ein Plus von zwei Prozentpunkten gegenüber dem Energiewendebarometer 2012. Acht Prozent berichten aktuell von laufenden, knapp dreieinhalb von abgeschlossenen Maßnahmen der Kapazitätsverlagerung. In Summe ziehen nunmehr 25 Prozent der Industrieunternehmen Produktion aus Deutschland ab oder denken darüber nach. Ein wesentlicher Grund dafür sind die im Vergleich zu vielen anderen Ländern hohen Strom- und Energiepreise. Während in Deutschland insbesondere die Stromkosten ansteigen, bleiben sie andernorts stabil oder sinken sogar. So zahlt ein Industrieunternehmen in den USA inzwischen fast 60 Prozent weniger für Strom. Die USA punkten überdies noch als Absatzmarkt mit Wachstumspotenzial. In Frankreich liegt der Industriestrompreis immerhin noch knapp 40 Prozent unter dem Niveau in Deutschland.

⁷ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Keine Einschätzung möglich.

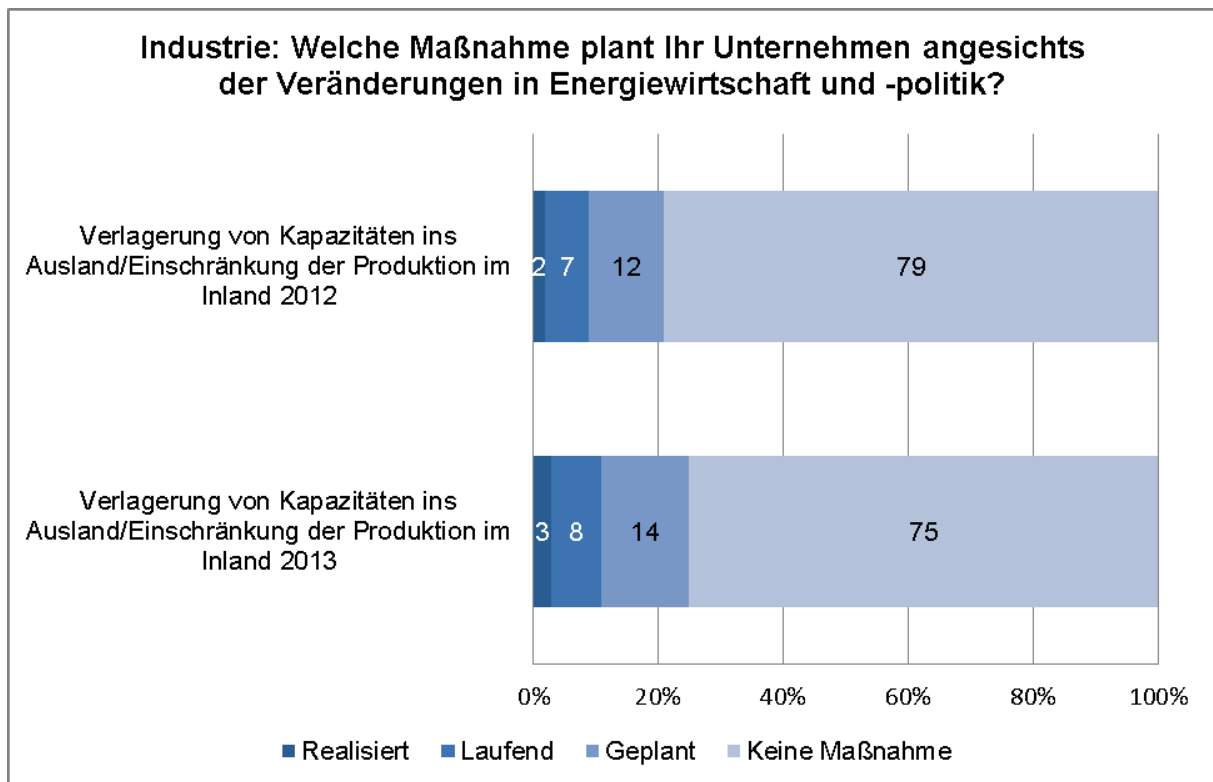


Abbildung 7: Maßnahmen mit Außenwirkung der Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die deutliche Steigerung der Verlagerungsbereitschaft sind Beleg dafür, dass das Potenzial der innerbetrieblichen Maßnahmen zur Reduktion von Stromkosten (z. B. Neuverhandlung von Lieferverträgen, Eigenerzeugung, Einsparungen durch den Einsatz effizienterer Technologien etc.) von vielen Unternehmen als ausgereizt empfunden wird. Denn: In vielen Branchen gibt es aufgrund des harten internationalen Wettbewerbes kaum Spielraum, höhere Kosten durch höhere Preise bei den Kunden zu kompensieren. Produktionsverlagerung oder die Einschränkung der Produktion kann vor diesem Hintergrund für viele Unternehmen schlicht überlebensnotwendig werden.

Der Standort Deutschland leidet unter dieser Entwicklung gleich dreifach: Erstens fällt Wertschöpfung und Beschäftigung hierzulande weg. Zweitens werden Zulieferer und Abnehmer eventuell mit ins Ausland gezogen. Drittens führt der strompreisinduzierte Investitionsrückgang zu Nachfrageausfällen, beispielsweise bei Ausrüstungs- oder Baubetrieben.

Große verlagern schneller

Besonders große Betriebe (ab 500 Mitarbeiter) verlagern schneller als kleinere. Häufig verfügen diese Unternehmen bereits über mehrere Standorte in unterschiedlichen Ländern. Das erhöht ihre lokale Flexibilität und sie verfügen über mehr Erfahrungen, Kontakte und Know-how bei Neu- oder Ersatzinvestitionen an neuen Standorten. Bei der innerbetrieblichen Vergabe von Produktionsaufträgen müssen sich die deutschen Standorte zudem dem direkten Wettbewerb mit Standorten in anderen Ländern stellen. In diesen Fällen sind also auch Verlagerungen im Bestand schnell umzusetzen.

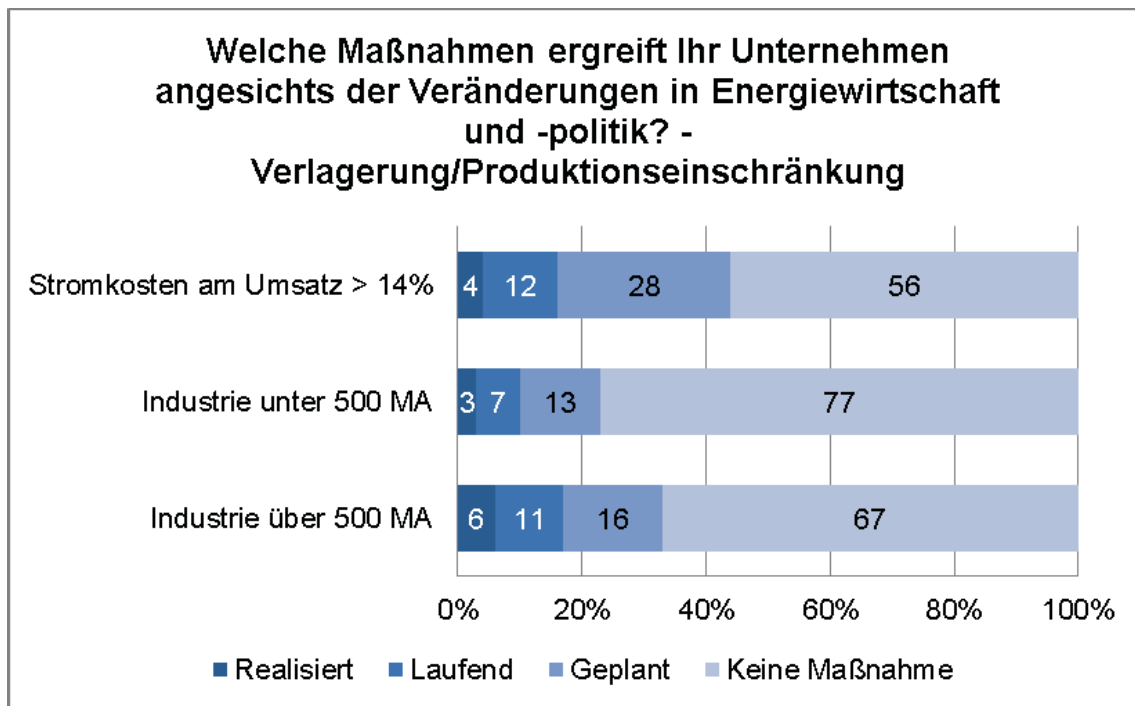


Abbildung 8: Maßnahmen mit Außenwirkung der Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Diskussion um Ausnahmeregelungen verunsichert stromintensive Industrie

Noch deutlicher fallen die Antworten bezüglich Produktionsverlagerung bei der relativ kleinen Gruppe der Industrieunternehmen aus, die mehr als 14 Prozent ihres Umsatzes für Stromkosten aufwenden – und damit eine Entlastung bei der EEG-Umlage erfahren können. In dieser Gruppe planen bereits gut 28 Prozent der Unternehmen Verlagerungen. Nimmt man laufende und bereits realisierte Maßnahmen hinzu, haben mehr als 40 Prozent dieser Unternehmen Pläne zur Standortverlagerung oder sind bereits aktiv geworden.⁸

Die Gründe für die hohe Bereitschaft zur Verlagerung von Produktionskapazitäten unter energieintensiven Industrieunternehmen können auch in der nationalen politischen Diskussion der letzten Monate zu suchen sein. Die besondere Ausgleichsregelung des EEG für stromintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen wird in Frage gestellt, Parteien kündigen in ihren Wahlprogrammen eine deutliche Einschränkung an. Das verunsichert die betroffenen Unternehmen (insbesondere in der Baustoffindustrie sowie den Branchen Chemie, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier und Stahl) und beeinflusst Investitionsentscheidungen negativ. Insbesondere seit dem Boomjahr 2008 zeichnet sich ein schleichender Desinvestitionsprozess ab⁹, der durch die steigende Energiekostenbelastung eher noch zunimmt.

Hinzu kommt, dass das Verfahren für die Beantragung der besonderen Ausgleichsregelung für viele Unternehmen aufwändig und inkonsistent erscheint. Weitere Unsicherheit bei den im Moment entlasteten Betrieben mag aus der laufenden beihilferechtlichen Überprüfung des

⁸ 1.638 Unternehmen fallen 2013 unter die besondere Ausgleichsregelung (BAFA: http://www.bafa.de/bafa/de/energie/besondere_ausgleichsregelung_eeg/publikationen/statistische_auswertung/gen/besar_2013.xls), 45 davon haben sich an der vorliegenden Umfrage beteiligt.

⁹ IW Köln (2013): Folgen der Energiewende für die deutsche Industrie.

EEG seitens der Europäischen Kommission resultieren – obwohl die EU-Behörde noch nicht über die Eröffnung eines formellen Verfahrens gegen Deutschland entschieden hat.

Es ist zu befürchten, dass große Teile der energieintensiven Branchen bei einem Wegfall der Ausgleichsregelung die Produktion einschränken, verlagern oder einstellen müssten. Bis zu 900.000 Arbeitsplätze wären direkt betroffen. Hinzu kommen Beeinträchtigungen bei Zulieferern und Kunden. Integrierte Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland würden reißen, ein vielfach betonter Wettbewerbsvorteil verspielt. Und das angesichts der Tatsache, dass Deutschland bei anderen wichtigen Faktoren, wie etwa der Verfügbarkeit von Fachkräften, ohnehin Nachteile hat.

Weitere Aspekte, die sich auf die Tendenz zur Produktionsverlagerung für stromintensive Industrieunternehmen auswirken, sind der Wegfall der Netzentgeltbefreiung¹⁰ und die Anfang 2013 in Kraft getretenen neuen Anforderungen zur Gewährung des Spitzenausgleichs bei Energie- und Stromsteuer.

Effizienzpotenziale werden ausgeschöpft

Standortverlagerung ist das letzte Glied in einer unternehmerischen Entscheidungskette, da sie im Vergleich zu anderen betrieblichen Maßnahmen im Regelfall mit höheren Investitionen, organisatorischem Aufwand und unternehmerischem Risiko verbunden ist. Die große Mehrheit der Industriebetriebe hat in den vergangenen Jahren deshalb zunächst in neue Energietechnologien und damit in Effizienzsteigerung – bzw. Kostensenkung investiert.

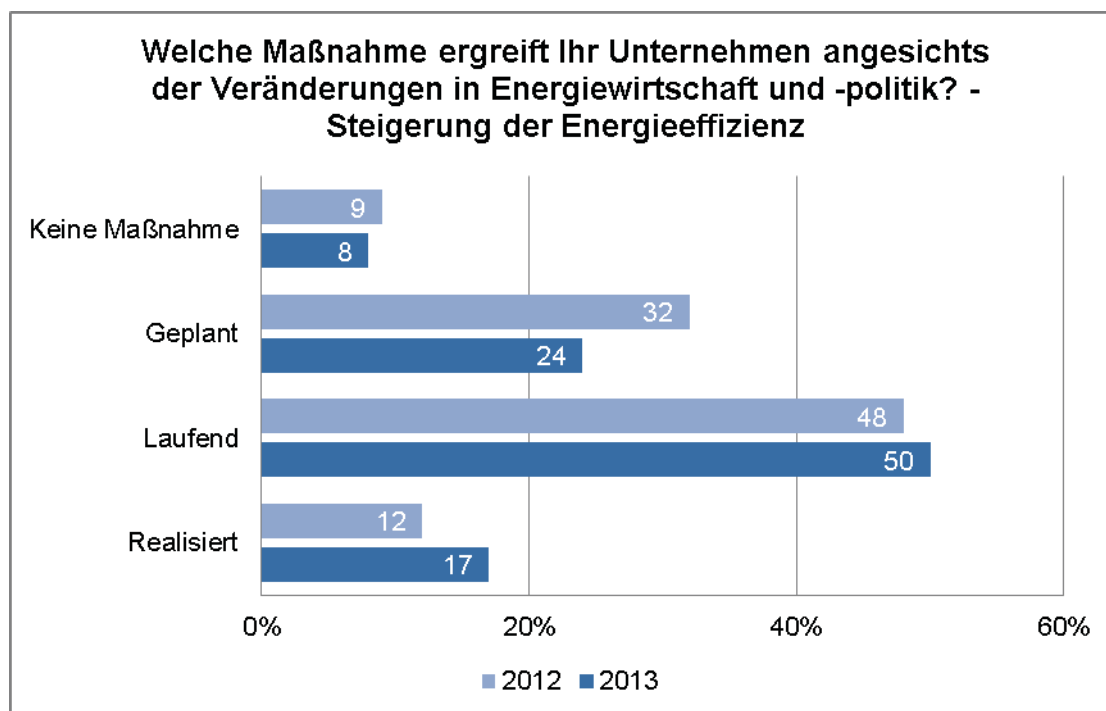


Abbildung 9: Maßnahmen der Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

¹⁰ Als Reaktion auf die aktuelle Diskussion der Kommission und des Urteils aus Düsseldorf im März beteiligt die Bundesregierung große Stromverbraucher stärker an den Kosten der Stromnetze. Wer mehr als zehn Gigawattstunden Strom bei 8 000 Nutzungsstunden verbraucht, muss jetzt 10 Prozent der Gebühren zahlen, bei 7 500 Stunden 15 Prozent und bei 7 000 Stunden 20 Prozent. Davor wurden die Betriebe vollständig befreit.

Der Anteil der Industrieunternehmen, die keine Aktivitäten in puncto Energieeffizienz planen oder angehen, ist auf acht Prozent gesunken. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der geplanten Maßnahmen gesunken (24 Prozent gegenüber 32 Prozent in 2012) und der der bereits realisierten Maßnahmen gestiegen ist (17 Prozent gegenüber zwölf Prozent in 2012). Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass die wirtschaftlich rentablen Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz in vielen Bereichen schon umgesetzt wurden.

Eigenversorgung immer attraktiver

Eine weitere Möglichkeit für Betriebe, Energiekosten zu sparen und Planungssicherheit zu erhöhen, ist der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten. Die Unternehmen schlagen damit mehrere Fliegen mit einer Klappe: Sie zahlen aufgrund des Eigenstromprivilegs keine EEG-Umlage, sparen Netzentgelte sowie Stromsteuern und stabilisieren so einen wichtigen Teil ihres Fixkostenblocks.

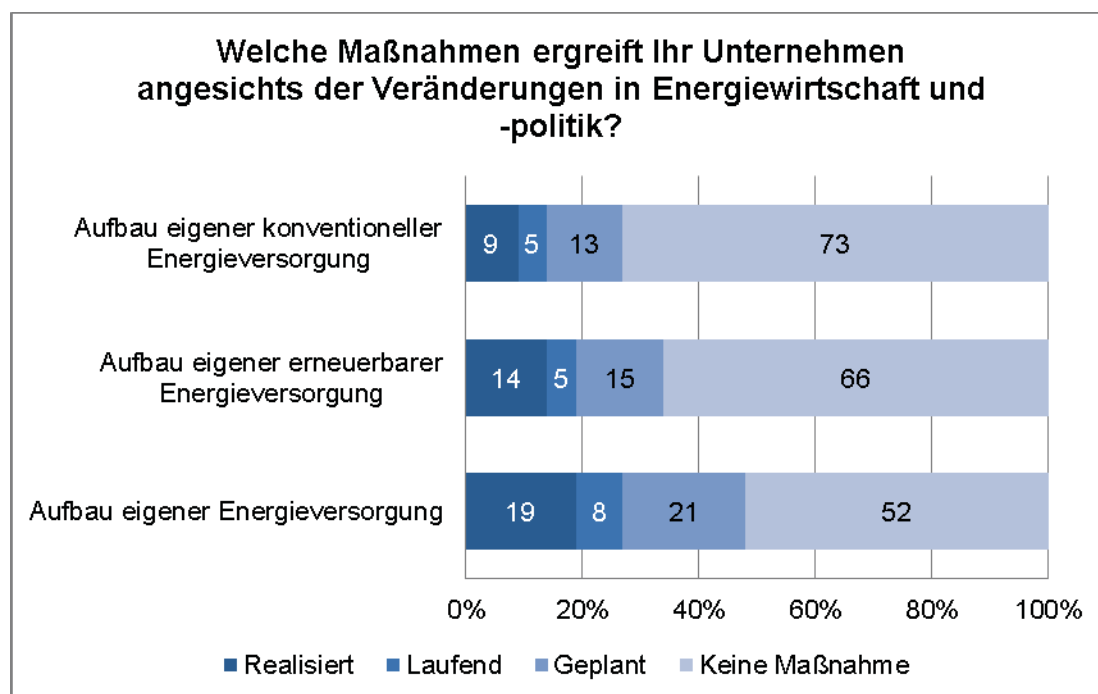


Abbildung 10: Maßnahmen der Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Inzwischen hat knapp die Hälfte (48 Prozent) aller Industrieunternehmen in diesem Bereich Maßnahmen plant, angestoßen oder bereits umgesetzt. In der Vorumfrage betrug der Anteil noch 44 Prozent. Spitzenreiter bei den Technologien zur Eigenversorgung ist die Solartechnik, gefolgt von fossilen Energieträgersysteme (zumeist in KWK-Anlagen), Biogas und Windkraft.

Neue Märkte durch Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die Energiewende stellt für einen Teil der Industrie nicht nur ein Risiko, sondern auch eine Chance dar. So berichten 30 Prozent der Betriebe von neuen Geschäftsfeldern aufgrund des gewandelten energiepolitischen Paradigmas in Deutschland. Dies ist allerdings ein Rückgang um zwei Prozentpunkte gegenüber der Umfrage von 2012.

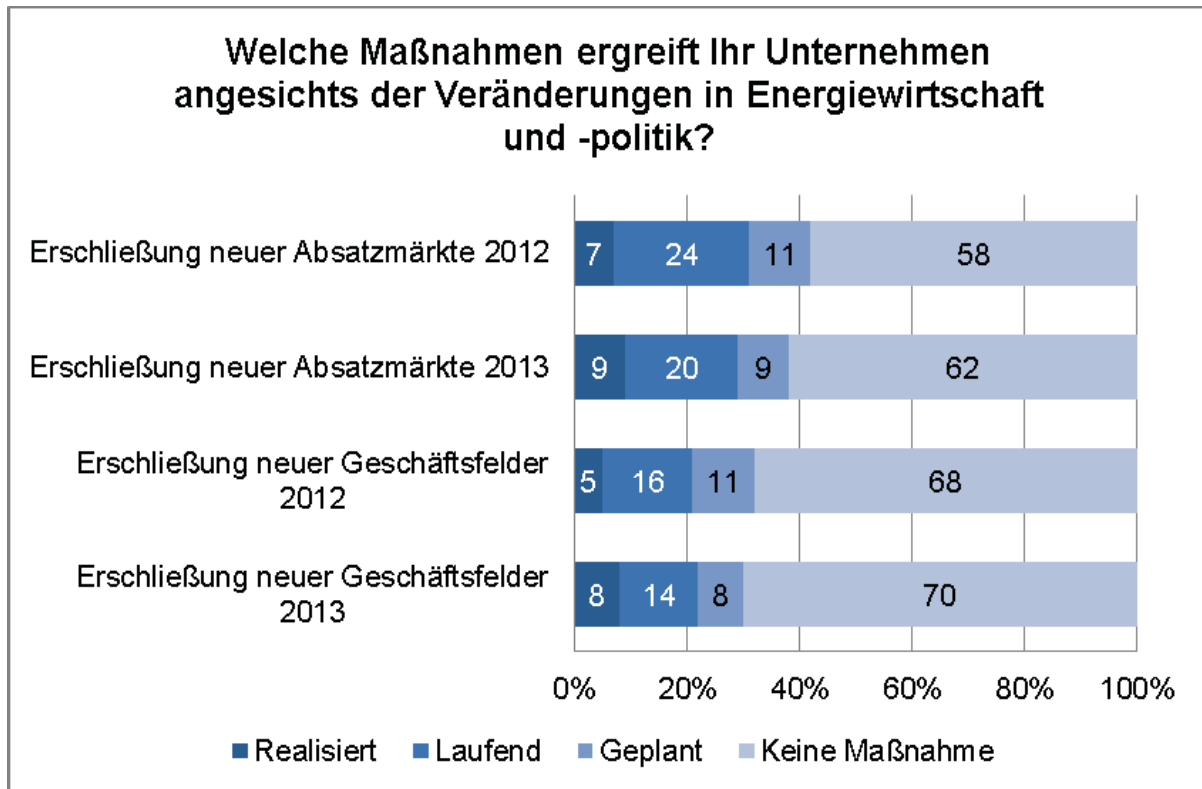


Abbildung 11: Maßnahmen mit Außenwirkung der Industrie. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Stärker gehen die Erwartungen hinsichtlich zusätzlicher Geschäftsimpulse aus dem Ausland zurück. Berichteten bei der Vorumfrage noch 42 Prozent von neuen Absatzmärkten im Ausland für Güter und Technologien im Bereich „Erneuerbare Energie/Energieeffizienz“, so sind dies aktuell nur noch 38 Prozent.

Ein Grund mag darin liegen, dass das Modell „Energiewende“ im globalen Maßstab wenige Nachahmer hat und eine vergleichbare Ausrichtung der Energiepolitik in anderen Ländern bislang nicht im erhofften Maße aufgegriffen worden ist. In manchen Märkten, etwa in Nordamerika, wo insbesondere aufgrund der Erschließung unkonventioneller Erdgasquellen die Energiepreise stark gefallen sind, ist der Anreiz zu Investitionen in Effizienztechnologien und erneuerbare Energien weniger ausgeprägt. Gleichzeitig steigt der Wettbewerb auf dem Markt für Effizienztechnologien und EE-Anlagen. Entsprechend ist die Nachfrage nach in Deutschland entwickelten und produzierten Technologien schwächer als erwartet.

5 Energiepreise: Die Sorgen bleiben

Entwicklung der Strom-, Gas- und Ölpreise

Verglichen mit den Vorjahren schwankte der Ölpreis in den vergangenen zwölf Monaten in geringerem Maße. Er pendelte zwischen 88 und 119 Dollar/Barrel – also um die 100 Dollar/Barrel. Damit bleibt der Ölpreis historisch betrachtet auf einem hohen Niveau. Auffallend ist, dass sich die Ölpreise in Europa (Brent) und USA (WTI) in den letzten Jahren auseinander bewegt haben. Europa muss für ein Barrel inzwischen durchgängig mehr bezahlen als die USA, auch wenn sich die Differenz zuletzt deutlich verringert hat. Dadurch ergibt sich für die europäische Wirtschaft ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den Vereinigten Staaten. Sollte es dort zudem zu einer massiven Förderung von Schieferöl (Shale Oil) kommen, könnte sich die Preisdifferenz noch erheblich vergrößern.

Der Grenzübergangspreis für Gas ist weiter gesunken: Lag er im August 2012 noch bei 8.052 Euro/TJ betrug er im Mai 2013 noch 7.777 Euro/TJ. Trotz des gesunkenen Preises war Gas aber um mehr als zehn Prozent teurer als 2011.

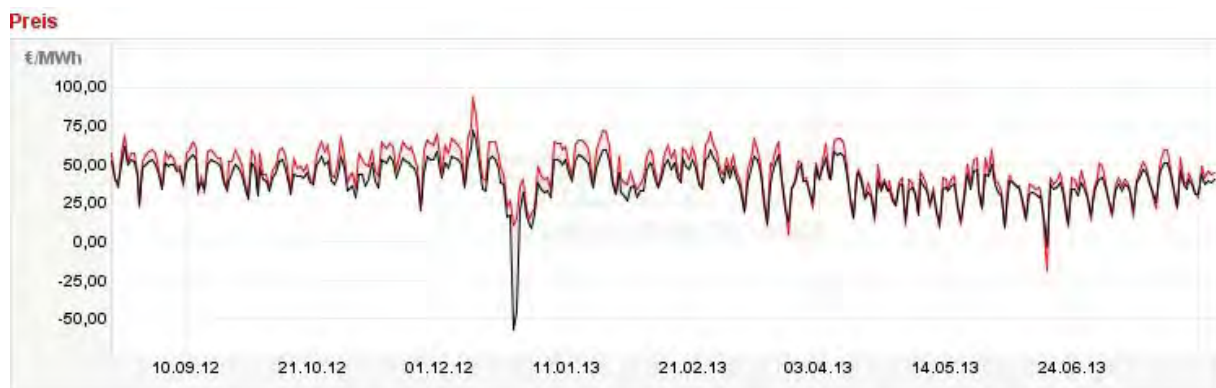


Abbildung 12: Preisentwicklung an der Strombörse. Quelle: eex.

Die Strompreise an der Börse sanken zwischen August 2012 und Juli 2013 und liegen auf niedrigem Niveau. Dennoch sind die Endkundenpreise zum 1. Januar 2013 weiter gestiegen. Ein Industrieunternehmen zahlt nach Angaben des BDEW derzeit durchschnittlich 14,87 Cent/kWh und damit rund vier Prozent mehr als 2012. Der Bundesverband der Energieabnehmer konstatierte einen Strompreisanstieg für Sondervertragskunden von durchschnittlich 12,4 Prozent innerhalb eines Jahres.¹¹ Getrieben wird der Anstieg fast ausschließlich durch weiter wachsende Steuern und Abgaben, die mittlerweile auch für diese Kunden einen Anteil von fast 50 Prozent am Strompreis erreichen. Weitere Steigerungen insbesondere der EEG-Umlage sind abzusehen. Nicht zuletzt deshalb bewerten die Energieexperten der IHKs die Auswirkung der Energiewende auf den Strompreis auf einer Skala von 1 (sehr positiv) bis 5 (sehr negativ) mit 4,3.

¹¹ <http://www.vea.de/Seiten/Pressemitteilung.aspx?pressID=150>.

Energiepreise bleiben problematisch hoch

Das Energiewendebarometer 2012 stellte fest: Energiepreise sind das Sorgenkind der Wirtschaft. An diesem Befund hat sich auch 2013 nichts geändert. Hohe Energiepreise gewinnen mit steigender Energieintensität an Bedeutung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass lediglich bei drei von zehn Unternehmen die Energiekosten unter zwei Prozent des Umsatzes liegen. Wenn man nur auf die Stromkosten abstellt, ist festzustellen, dass 40 Prozent der Unternehmen einen Stromkostenanteil am Umsatz von zwei Prozent und mehr haben. Jedes fünfte Unternehmen ist mit einem Anteil der Stromkosten am Umsatz von mehr als vier Prozent sogar als stromintensiv zu bezeichnen.

Trotz weitgehend stabiler Öl- und Gaspreise misst die Hälfte der Unternehmen (50 Prozent) den Energiepreisen eine größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit. Das bestätigen die Ergebnisse der regelmäßigen DIHK-Konjunkturumfragen¹²: Seit 2011 sind die Energie- und Rohstoffpreise das Risiko Nummer eins für die Unternehmen. Insbesondere die Strompreise sind der Treiber: Ihre Bedeutung ist für 45 Prozent der Betriebe in den vergangenen zwölf Monaten gewachsen.

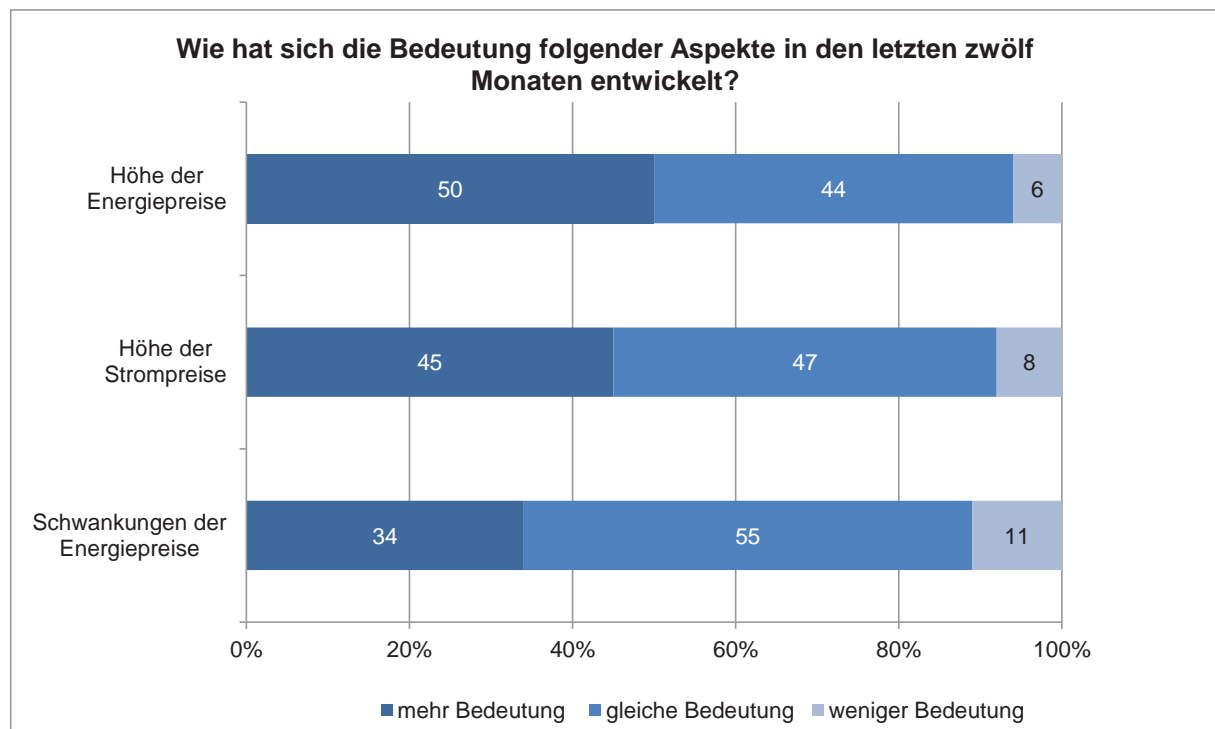


Abbildung 13: Bedeutung der Energiepreise. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.¹³

Wachsende Bedeutung der Energiepreise zeigt sich insbesondere im Handel (58 Prozent) und generell in Ostdeutschland (55 Prozent), wo die Wirtschaft energieintensiver ist als in anderen Regionen. Die Industrie spürt die hohen Strompreise (58 Prozent) besonders. Sie hat zunehmend Mühe, Stromkostennachteile durch andere Maßnahmen wie Energieeffizienz zu kompensieren, was sich in der negativen Bewertung des Einflusses der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit niederschlägt (vgl. Kapitel 3). Zudem wird die Produktion weiter automatisiert, was eher zu wachsendem als sinkendem Stromeinsatz führt.

¹² DIHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2013, S. 17.

¹³ Die Werte sind nicht mit denen des Energiewendebarometers 2012 vergleichbar, da die Kategorie „keine Bedeutung“ entfernt wurde.

Preisschwankungen für international gehandelte Güter wie Öl und Gas sind Alltag und werden von den Unternehmen einkalkuliert. Allerdings haben die Schwankungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen, so dass Kalkulationen zunehmend schwierig werden. Eine Preisdifferenz von 29 Dollar wie in den vergangenen zwölf Monaten beim Öl hat Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit. Den Unternehmen erwächst dadurch eine steigende Unsicherheit, mit welchen Kosten sie kurzfristig rechnen müssen. Daher überrascht es nicht, dass für ein Drittel der Unternehmen die Bedeutung schwankender Preise gewachsen ist. Mit 44 Prozent sind insbesondere große Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern überdurchschnittlich betroffen. Sie kaufen Öl, Gas und Strom überwiegend selbst und sind daher sensibler für Preisänderungen. Zum richtigen Zeitpunkt einzukaufen, wird für ihren wirtschaftlichen Erfolg wichtiger.

Was tun, wenn betriebliches Energiemanagement nicht ausreicht?

Neben dem Aufbau eines strategischen Energiemanagements (vgl. Kapitel 7) versuchen viele Betriebe den Energiepreisen durch Weitergabe steigender Energiekosten an ihre Kunden Herr zu werden. Viele Maßnahmen, die 2012 noch in der Planung waren, wurden umgesetzt bzw. sind in der Realisierungsphase. Gleichzeitig laufen bei jedem fünften Unternehmen Planungen zur Kostenweitergabe. Die Hälfte der Unternehmen verzichtet derzeit (noch) auf die Weitergabe steigender Energiepreise. Zu beachten ist dabei, dass die Weitergabe von Kosten in vielen Branchen aufgrund des harten Wettbewerbs schwierig ist. Dies gilt insbesondere für Kleinbetriebe bis neun Mitarbeiter (69 Prozent ohne Maßnahmen zur Kostenweitergabe) sowie den Handel (57 Prozent) mit seinen geringen Margen. Die ostdeutsche Wirtschaft versucht, aufgrund der höheren Energieintensität stärker Kosten auf Kunden zu wälzen: 56 Prozent erwägen zumindest einen solchen Schritt.

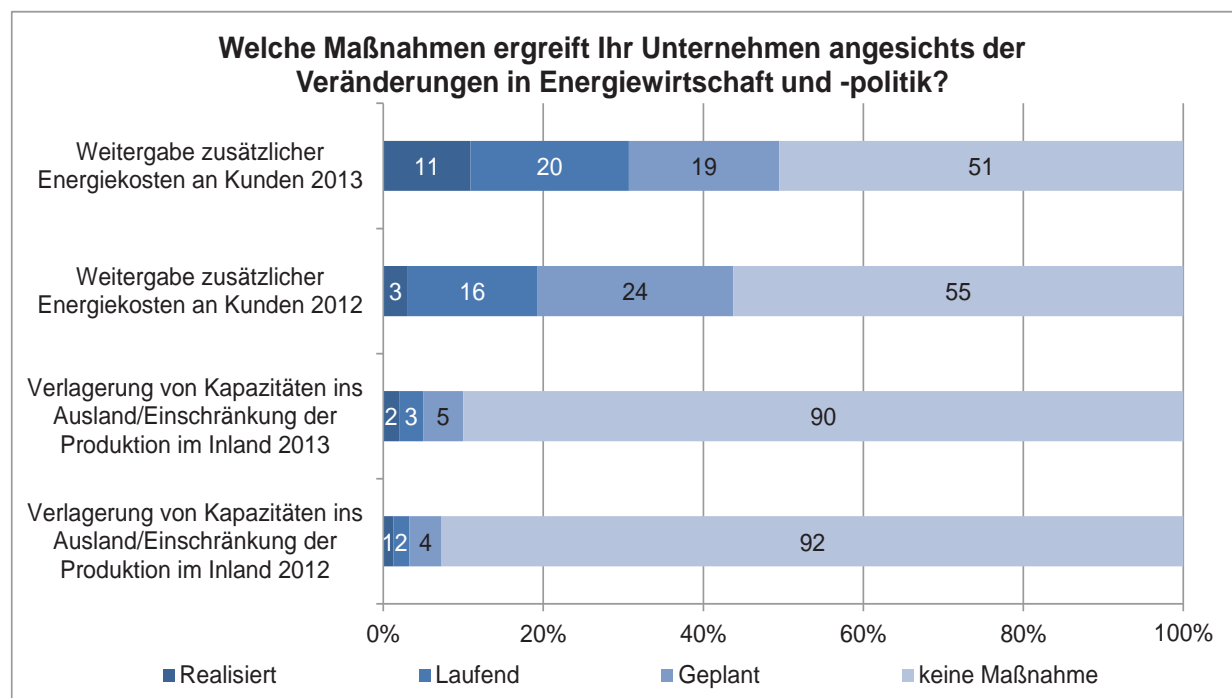


Abbildung 14: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Produktionseinschränkungen oder die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland aufgrund der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden Schritt für Schritt insbesondere in der Industrie umgesetzt (vgl. Kapitel 4): Jedes zehnte Unternehmen ist diesen Weg bereits

gegangen, befindet sich auf dem Weg oder strebt eine entsprechende Lösung an. Gegenüber dem Barometer 2012 ist der Wert um zwei Prozentpunkte angestiegen. Produktionsverlagerungen bzw. – einschränkungen ergreifen in erster Linie größere Mittelständler mit 250 bis 499 Mitarbeitern und Großunternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern. Ihre Einbindung in die internationale Arbeitsteilung gepaart mit dem globalen Wettbewerb führen dazu, dass Energiekostennachteile des Standorts Deutschland in jedem fünften Unternehmen nicht mehr anders ausgeglichen werden können. Regional ist Süddeutschland am stärksten betroffen, wo 13 Prozent Produktionseinschränkungen zumindest erwägen. Dies könnte neben der Preisproblematik auch mit den Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Stromversorgung in dieser Region zusammenhängen.

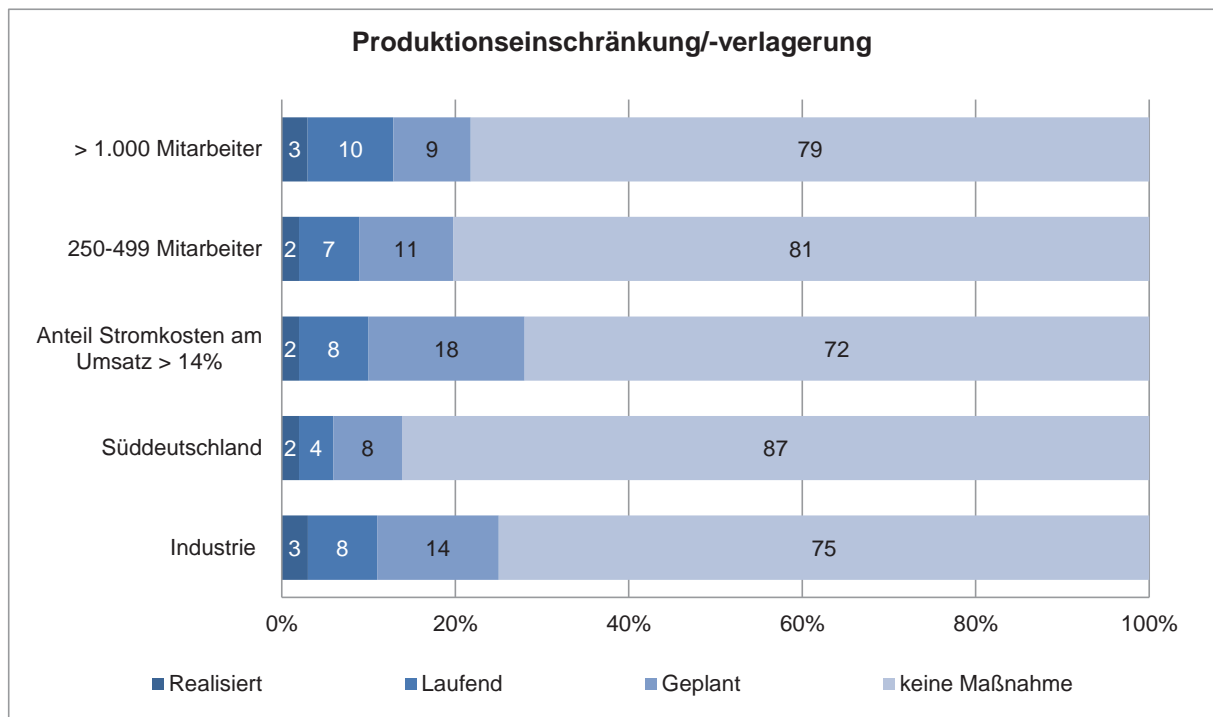


Abbildung 15: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energiepreise: Das fordert die Wirtschaft

Unverändert stark sind die Forderungen aus der Wirtschaft für eine Reform der Energiepolitik: Drei von fünf Betrieben (61 Prozent) fordern von der Politik, Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu reduzieren; knapp die Hälfte (48 Prozent) will Fördertatbestände und Sonderregelungen überprüfen lassen.

DIHK-Forderungen Energiepreise

- EEG grundlegend reformieren, um weitere Anstiege der EEG-Umlage zu dämpfen; insbesondere müssen Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren synchronisiert werden und die Direktvermarktung verpflichtend werden.
- Um die Unternehmen im Strombereich kurzfristig zu entlasten und den Kostenanstieg zu dämpfen, sollte als Teil eines Bündels von Maßnahmen auch die Stromsteuer gesenkt werden.
- Weitere Umlagen oder Verschiebung von Kosten in die Netzentgelte sollten vermieden werden.
- Sonder- und Ausnahmeregelungen sollten zum Schutz energieintensiver Produktion in Deutschland beibehalten werden. Gleichzeitig sollten diese deutlich vereinfacht werden, um Bürokratie bei Energieversorgern und Begünstigten abzubauen.

6 Versorgungssicherheit: Risikofaktor für viele Unternehmen

Entwicklung der Versorgungssicherheit in den letzten zwölf Monaten

Im Winter 2012/2013 hat aufgrund der milden Witterung zu keiner Zeit eine Gefährdung der Stromversorgung bestanden. Die kontrahierte Reserve wurde lediglich einmal abgerufen.¹⁴ Aktuelle Probleme bei der Versorgungssicherheit sind vielmehr mangelnden Redispatchmöglichkeiten¹⁵ sowie der Problematik der Spannungshaltung geschuldet. Perspektivisch würde sich aus der Stilllegung konventioneller Kraftwerke in Süddeutschland aber eine Gefährdung der Systemsicherheit ergeben.

Um dieses Problem zu beheben, bedarf es in erster Linie des Netzausbaus. Dieser bleibt aber auf der Kriechspur. 2012 wurden ca. 50 km neue Höchstspannungsleitungen gebaut. Entscheidend für die Versorgungssicherheit im Süden wird die Fertigstellung der Thüringer Strombrücke nach Bayern bis spätestens Ende 2015 sein, weil dann das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz gehen muss, ohne dass ausreichende Investitionen in neue Erzeugungsanlagen absehbar sind. Nach Angaben des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz könnten mit der Thüringer Strombrücke auch Redispatchkosten von 100 Mio. Euro jährlich vermieden werden. Insofern setzt die Abweisung einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zu einem Teilabschnitt durch das Bundesverwaltungsgericht ein Zeichen der Hoffnung.

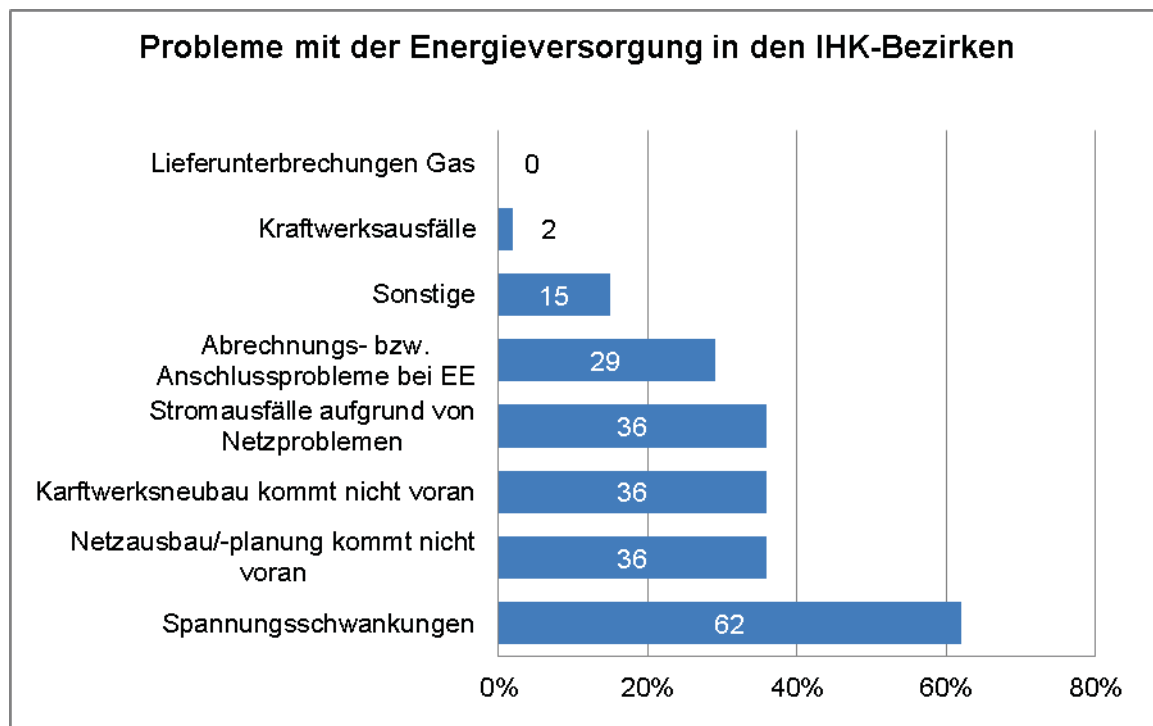


Abbildung 16: Probleme im Energiebereich in den IHK-Bezirken. Quelle: Befragung IHK-Energieexperten.

¹⁴ www.bundesnetzagentur.de.

¹⁵ Laut Deutscher Energieagentur ist Redispatch ein „präventiver oder kurativer Eingriff des Übertragungsnetzbetreibers in die Fahrpläne von Kraftwerken, um kurzfristig auftretende Engpässe zu vermeiden oder zu beseitigen.“

Ob Spannungsschwankungen und kleinere Stromausfälle seit der Energiewende zugenommen haben, ist Gegenstand vielfältiger Spekulationen. Unstrittig ist: Ungeplante Ausfälle über drei Minuten, die die Bundesnetzagentur erfasst, passieren in Deutschland nach wie vor so selten wie nirgendwo sonst in Europa. Für kürzere Ausfälle existiert keine amtliche Statistik, die aber aufgebaut werden sollte. Klar ist aber auch: Die Aufrechterhaltung der Sicherheit der Stromversorgung wird zunehmend schwieriger. Die Eingriffe der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrpläne der Kraftwerke und die Abregelung von EE-Anlagen aufgrund von Netzüberlastungen steigen.

Auch die Energieexperten in den Industrie- und Handelskammern sehen die Versorgungssicherheit durch die Energiewende gefährdet: Auf einer Skala von 1 (sehr positiv) bis 5 (sehr negativ) bewerten sie die momentane Versorgungsqualität mit 3,7 und damit auf dem Niveau von 2012. Das größte Versorgungsrisiko in den vergangenen zwölf Monaten waren Spannungsschwankungen (62 Prozent). Daneben bleibt die Problematik neuer Netze und Kraftwerke in vielen Kammerbezirken virulent.

Sicherheit der öffentlichen Energieversorgung nicht mehr selbstverständlich

Ohne Strom gibt es vielfach keine Wertschöpfung. Diese einfache Weisheit spielt im Alltag der Unternehmen kaum eine Rolle, da Strom 24 Stunden ohne Unterbrechung „aus der Steckdose“ kommt. Diese stabile Stromversorgung ist für die deutsche Wirtschaft ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil. Die Integration erneuerbarer Energien und die Abschaltung der Kernkraftwerke bringen nun ganz neue Herausforderungen für die Netze. Daher sind viele Unternehmen mittlerweile skeptisch, was die Qualität der öffentlichen Versorgung für die Zukunft betrifft: Mehr als jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) gibt auch in diesem Jahr an, dass die Bedeutung von Störungen der Stromversorgung noch einmal zugenommen hat.

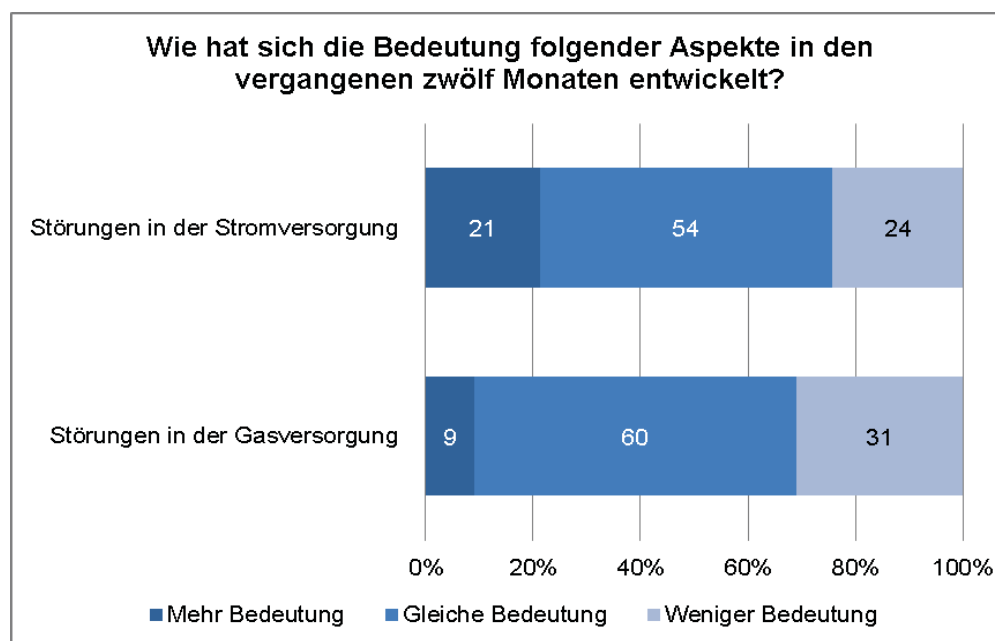


Abbildung 17: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Der große Blackout, wie ihn viele Betriebe nach der Verkündung der beschleunigten Energiewende befürchtet hatten, ist bisher ausgeblieben. Durch die häufigen Schaltprozesse im Stromnetz kommt es aber vermehrt zu Frequenzunregelmäßigkeiten, die vor allem von Unternehmen registriert werden, die mit hochtechnisierten Maschinen arbeiten. Die meisten Unternehmen empfinden die Versorgung mit Strom aber immer noch als gut.

Störungen in der Gasversorgung sind deutlich seltener. 31 Prozent der Unternehmen sehen eine geringere Bedeutung als 2012. Dies ist vor allem auf die entspanntere Versorgungslage in vergangenen Winter zurückzuführen. Im Jahr davor war die Gasversorgung einiger Betriebe wegen ausgebliebener russischer Lieferungen eingestellt worden. Dazu kommt, dass jedes Unternehmen Strom braucht, aber nicht jedes Gas. So berichtete auch nur eine Minderheit von Lieferunterbrechungen bei Gas.

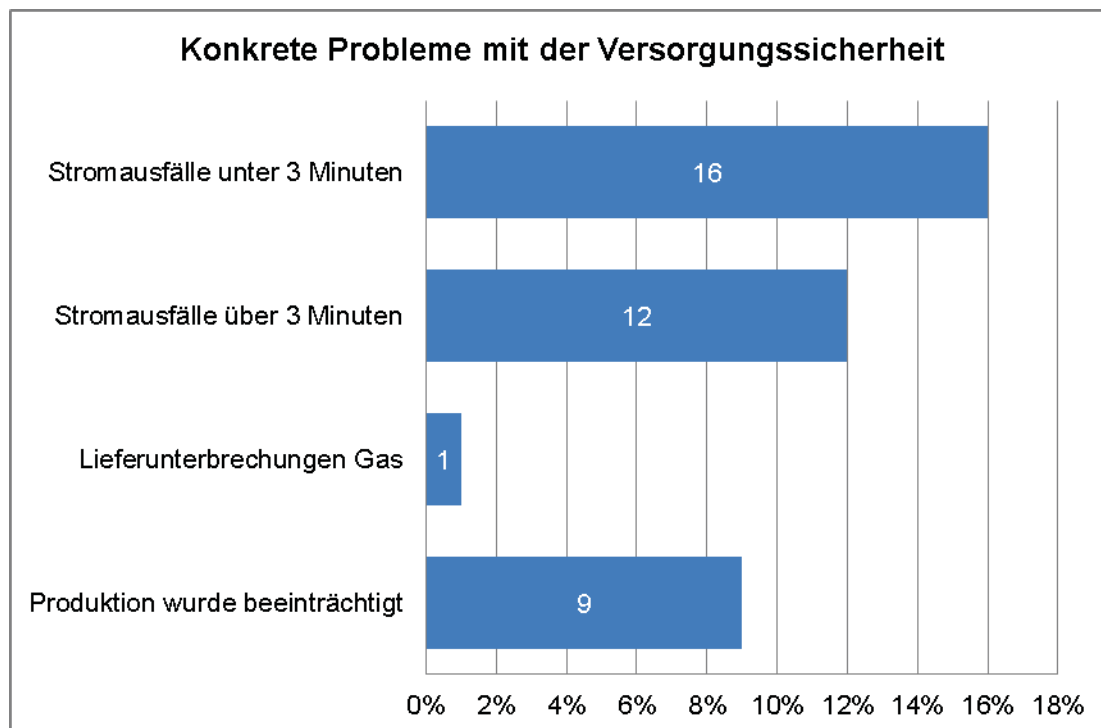


Abbildung 18: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.¹⁶

Im Vergleich dazu waren Unterbrechungen bei Strom sehr viel häufiger: In 16 Prozent der Betriebe gab es Ausfälle unter drei Minuten, also solche, die statistisch nicht erfasst werden. Ausfälle über drei Minuten wurden von zwölf Prozent der Unternehmen verzeichnet. Die Zahlen sind im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. In fast jedem zehnten Betrieb kam es aufgrund der Unterbrechungen zu Schäden. Bereits ein relativ kurzer Strom- oder Gasausfall verursacht für ein Unternehmen einen durchschnittlichen Schaden von 10.000 Euro. Eine Zunahme von Ausfällen würde zu erheblichen Kosten insbesondere auf Seiten der Industrie führen. Auf die Versorgungssicherheit sollte daher ein Hauptaugenmerk im Umgang mit der Energiewende gerichtet werden.

¹⁶ 80 Prozent berichten von keinen Problemen mit der Versorgungssicherheit.

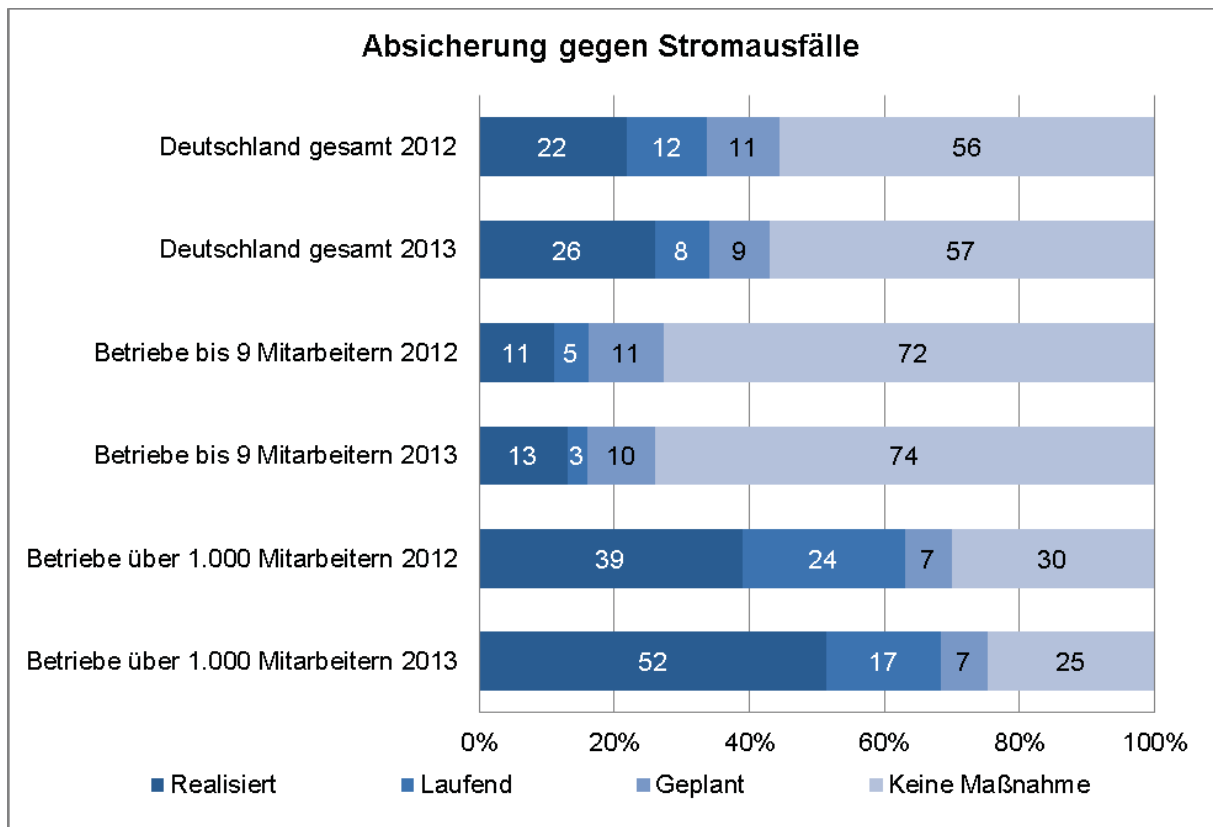


Abbildung 19: Absicherung gegen Stromausfälle. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die Kosten eines potenziellen Schadens durch ausgefallene Strom- und Gaslieferungen machen es für viele Unternehmen zu einer Notwendigkeit, sich mit Vorsorgemaßnahmen auseinanderzusetzen. Für 43 Prozent der Betriebe ist das ein Thema. In der Gruppe der großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern haben bereits über die Hälfte Vorsorgemaßnahmen umgesetzt. 2012 waren es erst 39 Prozent. Ein weiteres Viertel ist gerade dabei bzw. plant Maßnahmen. Lediglich jedes vierte Unternehmen plant keine Maßnahmen. Dies zeigt: Die öffentliche Energieversorgung wird nicht mehr als uneingeschränkt sicher empfunden. Selbst bei den Kleinunternehmen befasst sich mehr als jedes Vierte mit entsprechenden Maßnahmen. Versorgungssicherheit genießt für die deutsche Wirtschaft höchste Priorität.

Versorgungssicherheit: Das fordert die Wirtschaft

Um die Versorgungssicherheit zu erhalten und zu verbessern, fordert die Wirtschaft die Politik auf, den Netzausbau zu unterstützen. Das ist die mit Abstand meistgeforderte Maßnahme für eine erfolgreiche Energiewende (vgl. Kapitel 9). Etwa zwei Drittel der Unternehmen befürworten, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Die IHK-Energieexperten sind derselben Meinung: 89 Prozent wünschen sich eine stärkere politische Unterstützung des Netzausbaus und 78 Prozent eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

DIHK-Forderungen Versorgungssicherheit

- Netzausbau politisch flankieren: Durch einen Ausbau insbesondere der Nord-Süd-Verbindungen kann die Versorgungssicherheit in Süddeutschland erhöht und gleichzeitig Redispatchkosten gesenkt werden.
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, z.B. durch die Erstellung eines Bund-Länder-Leitfadens für die naturschutzrechtliche Prüfung.
- Nord-Süd-Verbindungen der Gasinfrastruktur ausbauen, um Lieferengpässe zu beseitigen.
- Stromausfälle unter drei Minuten erfassen, um belastbare Aussagen über die Versorgungssicherheit zu erhalten.
- Die sogenannte atypische Netznutzung stärken, um Netzbelastungen zu vermindern.

7 Unternehmen setzen auf strategisches Energiemanagement

Die Wirtschaft reagiert auf hohe und schwankende Energiepreise und Bedenken über die künftige Versorgungssicherheit: Immer mehr Unternehmen setzen auf ein strategisches Energiemanagement. Dazu gehören in erster Linie eine Optimierung der eigenen Beschaffungsstrategie, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie der Aufbau einer (teilweisen) Eigenversorgung.

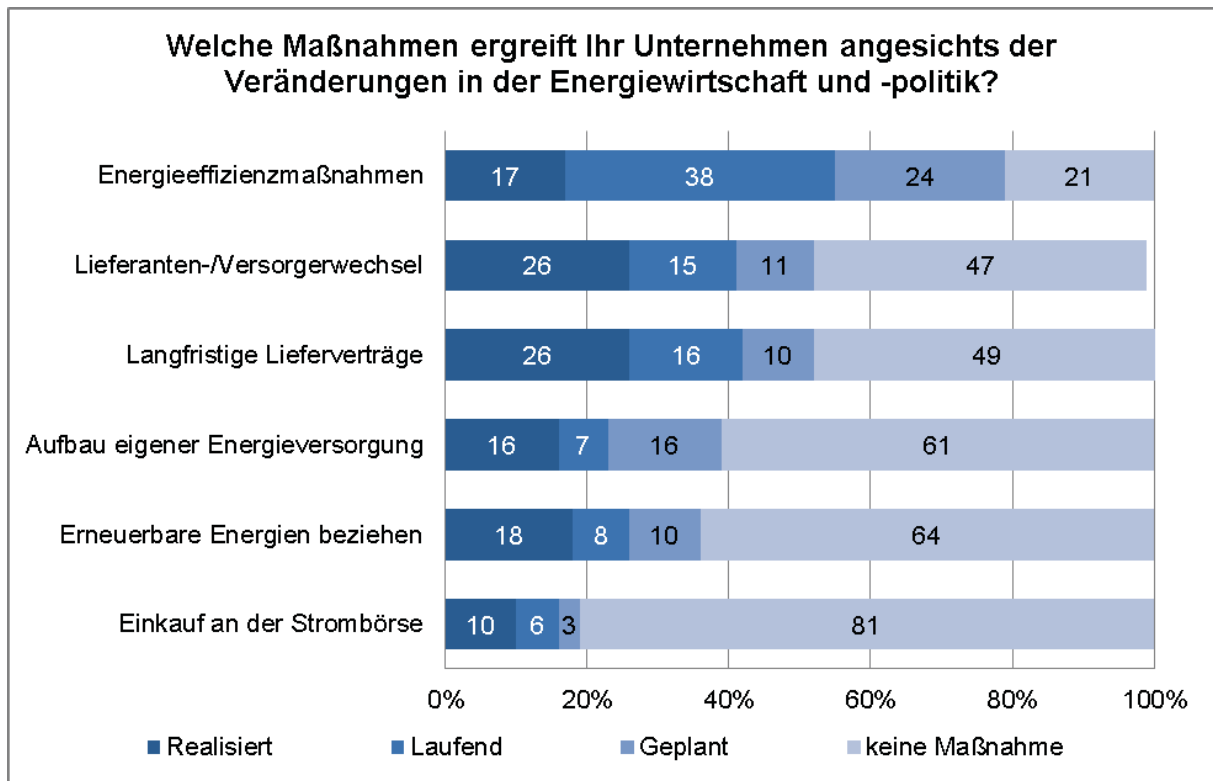


Abbildung 20: Absicherung gegen Stromausfälle. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Unternehmen optimieren ihren Energieeinkauf

Gegenüber 2012 haben viele Unternehmen ihre Beschaffungsstrategie neu aufgestellt. Sie schließen mehr langfristige Verträge, haben häufiger den Lieferanten gewechselt und sind öfter an der Strombörse aktiv. Gleichzeitig sind in der Konsequenz die Werte für bereits laufende und geplante Maßnahmen gesunken. Interessant ist, dass inzwischen mehr Unternehmen keine langfristigen Lieferverträge abschließen wollen als 2012. Dies hängt insbesondere mit den stetig sinkenden Preisen an der Strombörse zusammen. Sie treibt die Hoffnung, durch eine häufigere Überprüfung der Beschaffungsstrategie bessere Konditionen erreichen zu können.

Für Energieversorger bestehen gute Chancen, durch entsprechende Angebote neue Kunden in Industrie und Gewerbe zu gewinnen: Das zeigt die generelle Wechselbereitschaft von 53 Prozent der Unternehmen. Spitzenreiter sind die Branchen Industrie (61 Prozent) und Handel (60 Prozent), die besonders unter den Strompreisen leiden. Große Unternehmen sind Vorreiter darin, den Energieeinkauf in die eigenen Hände zu nehmen. Mehr als jedes zweite

Unternehmen (52 Prozent) plant aktiv zu werden, ist in der Umsetzung oder hat das bereits realisiert. Getrieben wird der Trend auch durch das höhere Risiko schwankender Preise für solche Betriebe.

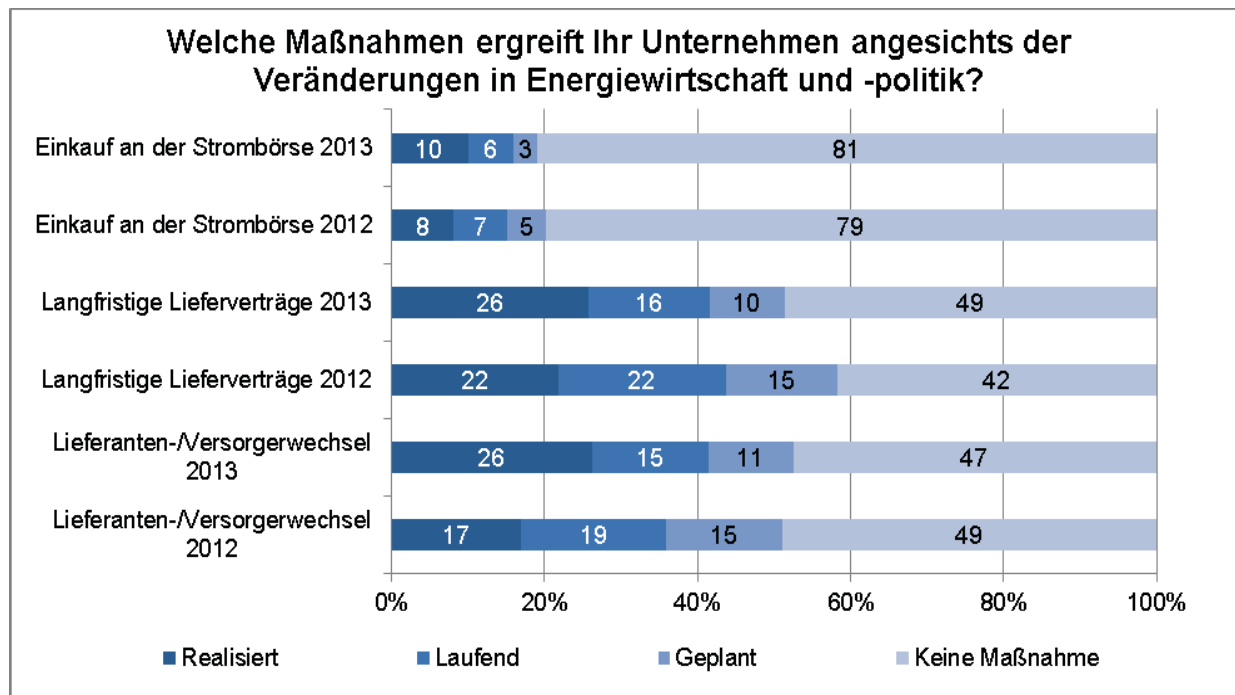


Abbildung 21: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Einem Drittel der Unternehmen ist es wichtig, erneuerbaren Strom zu beziehen. Die grüne Eigenschaft des Stroms ist für viele Betriebe trotz höherer Kosten ein Kriterium bei der Wahl ihres Anbieters. Der Anteil der Unternehmen, die bereits grünen Strom einkaufen hat sich in den vergangenen Monaten von 10 auf 18 Prozent fast verdoppelt (s. Abbildung 22). Die Bereitschaft grünen Strom zu kaufen, ist bei großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern besonders ausgeprägt. Für drei von zehn Unternehmen gehört regenerativer Strom bereits zum Portfolio, lediglich 43 Prozent planen keine Maßnahme zu ergreifen. Für viele Großbetriebe gehört der Einkauf von grünem Strom damit mittlerweile zum guten Ton.

Die Vergabe von Herkunftsnachweisen an neue EE-Anlagen könnte diese Nachfrage decken und Absatzmöglichkeiten für regional erzeugten erneuerbaren Strom jenseits der EEG-Förderung schaffen. Für die Marktintegration der erneuerbaren Energien wäre das ein großer Fortschritt.

Eigenversorgung bleibt en vogue

Der Trend zur Eigenversorgung hält unvermindert an; dafür sorgen steigende Preise für den Strombezug aus dem öffentlichen Netz sowie Bedenken hinsichtlich der Versorgungssicherheit rund um die Uhr. Der Anteil der Unternehmen, die Maßnahmen zur Eigenversorgung realisiert haben, ist in den vergangenen zwölf Monaten um mehr als die Hälfte von zehn auf 16 Prozentpunkte gestiegen. Während Maßnahmen, die sich aktuell in der Umsetzung befinden, leicht zurückgingen, bleiben Planungen für neue Anlagen mit 16 Prozent gleich hoch. Der Trend zur Eigenerzeugung wird folglich weiter anhalten. Für nur noch drei von fünf Unternehmen stellt Eigenerzeugung derzeit keine Option dar.

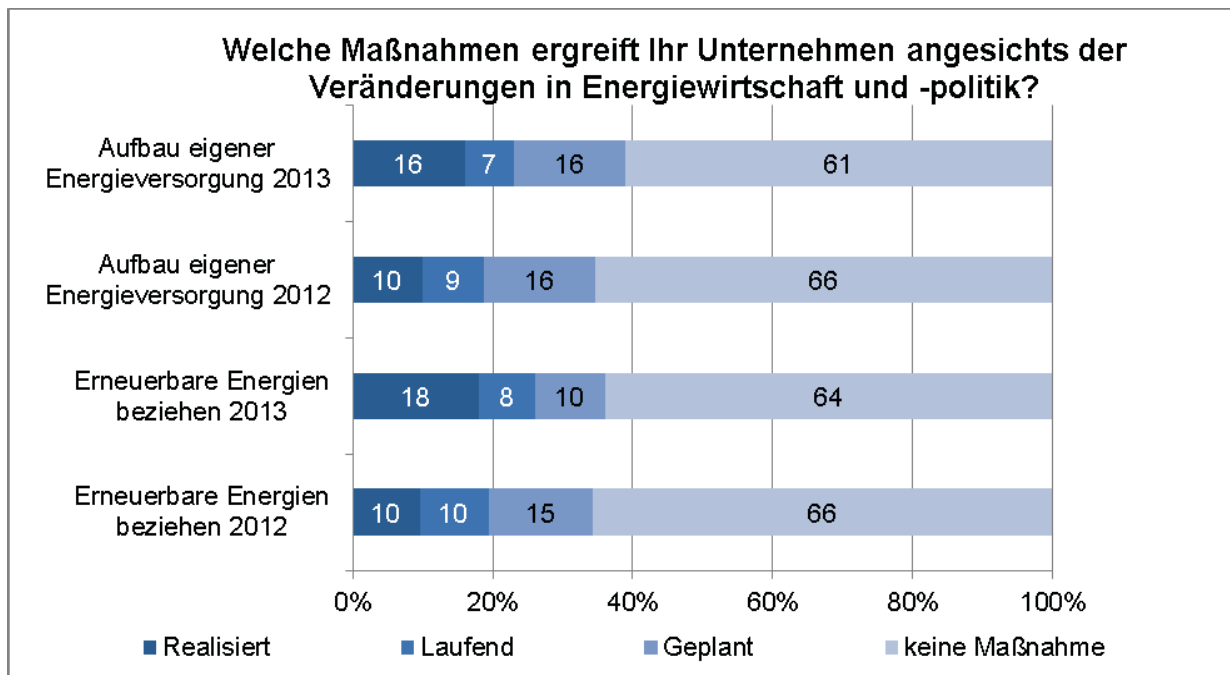


Abbildung 22: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Der Trend manifestiert sich sowohl bei erneuerbaren Energien als auch bei konventionellen Anlagen. So stieg in beiden Kategorien der Anteil der abgeschlossenen Maßnahmen um deutlich über 50 Prozent. Die gleichgebliebenen Zahlen geplanter Maßnahmen zeigen, dass auch in den kommenden zwölf Monaten von einer anhaltend hohen Dynamik auszugehen ist. Blockheizkraftwerke (BHKW) amortisieren sich beispielsweise häufig in zwei Jahren oder noch schneller, wenn hier die richtigen Kriterien bei der Auslegung beachtet werden.

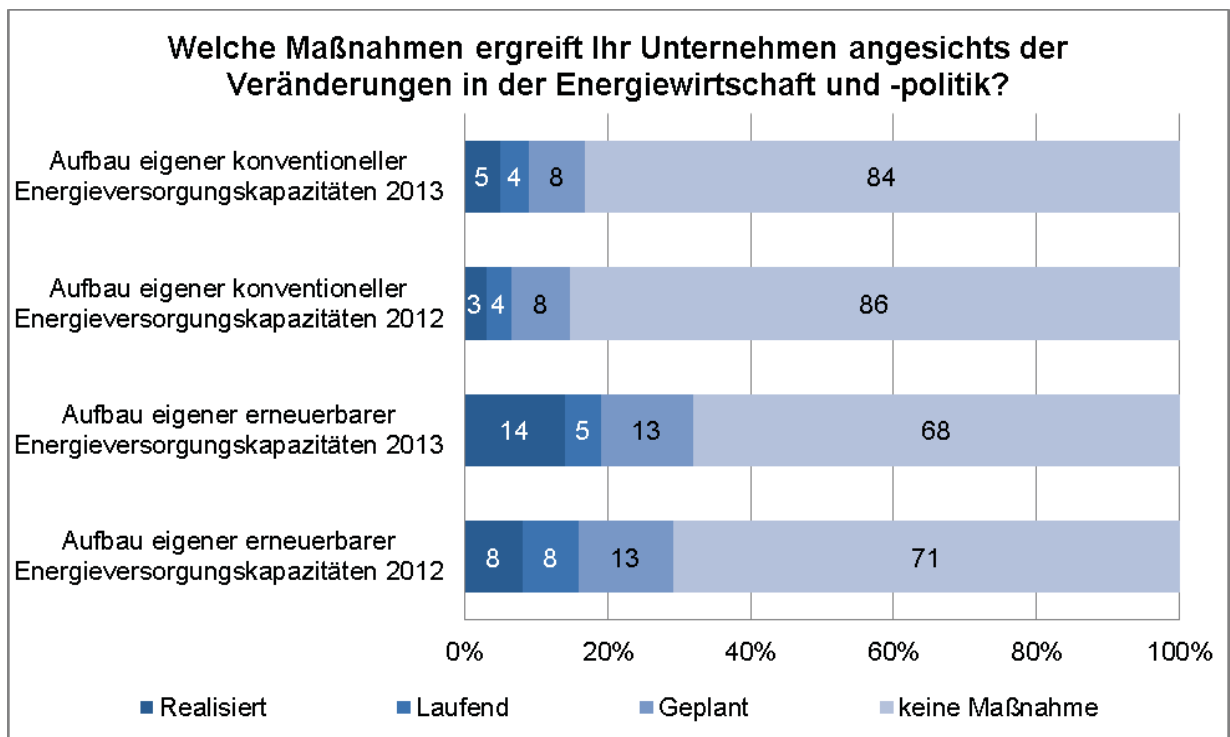


Abbildung 23: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Aus Politik und Energiewirtschaft wird Unternehmen, die auf Eigenversorgung setzen, teilweise Entsolidarisierung vorgeworfen. Begründung: Die Betriebe würden sich aus der Finanzierung der Energiewende stehlen, weil sie keine EEG-Umlage und Netzentgelte bezahlen.

Für viele Unternehmen ist Eigenerzeugung aber eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um im Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Die deutschen Strompreise sind für viele Branchen zu hoch, als dass die Unternehmen auf diese Option verzichten könnten. Dazu kommen die Bedenken hinsichtlich der langfristigen Versorgungssicherheit. Eine Belegung mit EEG-Umlage würde viele Eigenerzeugungsanlagen in Frage stellen und gerade in Süddeutschland das Problem knapper Kapazitäten verschärfen. Zu bedenken ist auch, dass viele Industrieunternehmen schon seit Jahrzehnten über Eigenversorgungsanlagen verfügen. Bei fast allen neuen Eigenerzeugungsanlagen handelt es sich um erneuerbare Energie oder effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Bis 2020 soll ein Viertel des deutschen Stroms durch in KWK-Technik erzeugt werden. Der weitere Ausbau wird typischerweise durch Eigenerzeugung in der Industrie erfolgen, da die Wärmesenken in anderen Bereichen weitgehend erschlossen sind.

Fast jedes dritte Unternehmen befasst sich mit erneuerbaren Energien. Das Ziel der Energiepolitik, den Wettbewerb bei der Erzeugung auch insoweit zu fördern, ist also in hohem Maße erreicht. Unternehmen, die den erzeugten Strom aus erneuerbaren Quellen lieber selber nutzen als unter Nutzung einer garantierten Einspeisevergütung in das öffentliche Netz einzuspeisen, entlasten dadurch die EEG-Umlage und damit die übrigen Stromkunden.

Steigerung der Energieeffizienz bleibt Maßnahme Nummer 1

Energieeffizienz ist für viele Unternehmen das Mittel der Wahl, steigenden Preisen ein Schnippchen zu schlagen. Nach wie vor gilt: Die kWh ist am billigsten, die gar nicht erst erzeugt wird. Energieeffizienz wird zunehmend von politischer Seite eingefordert: Die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie in deutsches Recht muss bis Mitte 2014 abgeschlossen sein. Sie soll sicherstellen, dass in jedem EU-Mitgliedstaat jährlich 1,5 Prozent Energie eingespart wird. Um den Spitzenausgleich bei der Stromsteuer auch künftig in voller Höhe zu erhalten, muss die Gesamtheit des produzierenden Gewerbes die Energieintensität jährlich um 1,3 Prozent verbessern. Große Unternehmen müssen zudem bis 2015 ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 bzw. ein Umweltmanagementsystem gemäß EMAS einführen.

Kostendruck und rechtliche Vorgaben sind wesentliche Treiber dafür, dass 79 Prozent der Unternehmen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zumindest erwägen. Dies ist ein Anstieg um drei Prozentpunkte gegenüber 2012. In den vergangenen Monaten wurden in Betrieben zahlreiche Effizienzprojekte umgesetzt bzw. angestoßen, der Anteil der Unternehmen stieg von neun auf 17 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, bei denen sich Effizienzmaßnahmen aktuell in der Umsetzung befinden, stieg von 35 auf 38 Prozent. Der Anteil der Unternehmen mit geplanten Maßnahmen ist hingegen deutlich von 32 auf 24 Prozent abgesunken. Hier zeigt sich, dass viele der wirtschaftlich umzusetzenden Effizienzmaßnahmen bereits umgesetzt worden sind.

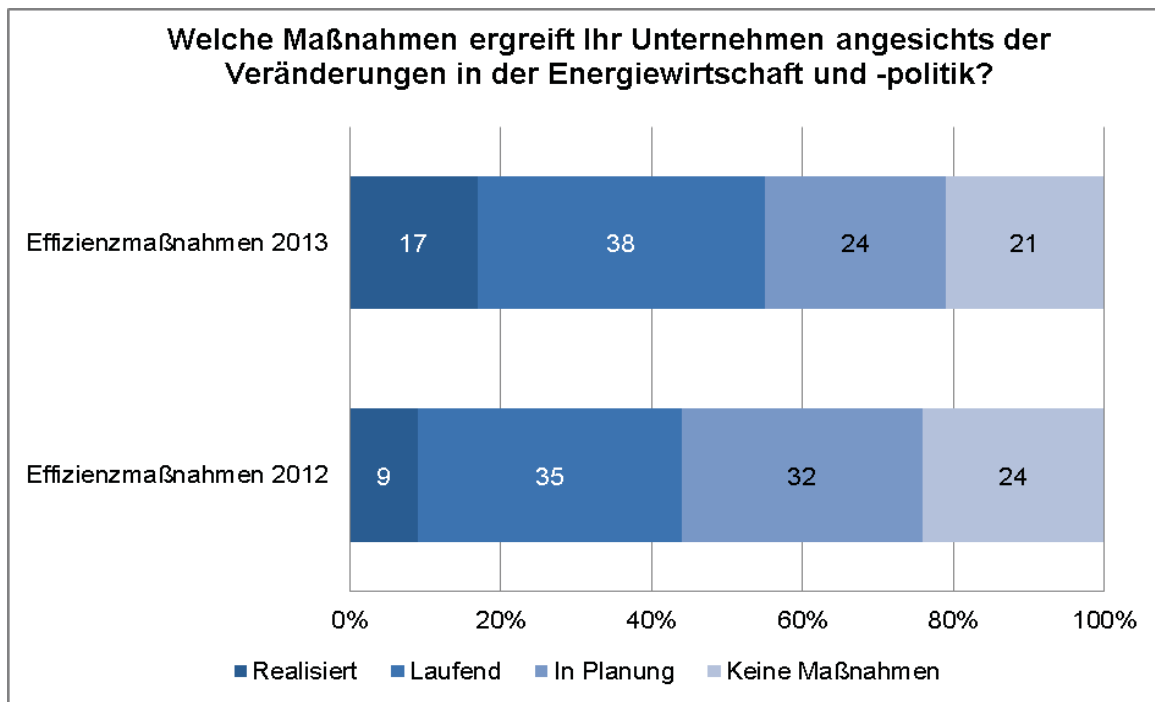


Abbildung 24: Effizienzmaßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Viele Wege führen zum Ziel

Die Unternehmen greifen auf eine breite Palette von Maßnahmen zurück, die sie teilweise auch parallel durchführen. Spitzenreiter bleibt mit 78 Prozent die Information bzw. Qualifikation von Mitarbeitern. Über die Hälfte (53 Prozent) verbessert die Effizienz in Service-Prozessen und/oder Gebäuden.

Knapp 40 Prozent der Unternehmen setzen auf Energie- oder Umweltmanagementsysteme. Diese Zahl ist bereits sehr beachtlich, dürfte künftig aufgrund rechtlicher Vorgaben sogar noch weiter steigen. In der Industrie sind es 61 Prozent und in großen Betrieben mit über 1.000 Mitarbeitern 73 Prozent, die sich mit Managementsystemen befassen.

Jedes dritte Unternehmen bindet externe Dienstleister in Effizienzmaßnahmen ein. Der Markt für Energieeffizienzdienstleistungen aller Art wird sich aufgrund der Bedeutung des Energiethemas für viele Unternehmen in den kommenden Jahren weiter entwickeln. Der Betrieb eigener Anlagen bietet ebenfalls Möglichkeiten: Durch Lastmanagement – also Anlagen intelligent zu- und abschalten – können der Verbrauch optimiert und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unterstützt werden. Über die Hälfte der Unternehmen (55 Prozent) hat in den letzten zwölf Monaten in Effizienz investiert. Von diesen haben 76 Prozent mehr als 10.000 Euro und 28 Prozent sogar mehr als 100.000 Euro in Effizienzmaßnahmen gesteckt.

Öffentliche Förderprogramme kommen dabei nur in einem von fünf Unternehmen (22 Prozent) zum Einsatz. Folgende Gründe dürften hierbei eine Rolle spielen: Viele Programme beschränken sich auf Unternehmen bis 250 Mitarbeitern, passen aufgrund administrativer Hürden nicht in Betriebsabläufe oder es mangelt an Informationen. Dennoch fordert nur ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent), dass Beratungs- und Unterstützungsleistungen seitens der Politik ausgebaut werden. Das zeigt: Energiebezogene Maßnahmen sind als solche

ureigenstes Aufgabe der Unternehmen. Die öffentliche Hand sollte sich darauf konzentrieren, sinnvolle Rahmenbedingungen zu setzen und geeignete Unterstützung zu bieten. Ein Baustein ist die Mittelstandsinitiative Energiewende von BMWi, BMU, DIHK und ZDH, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Information über Unterstützungsmaßnahmen zu verbessern und Anregungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu geben.

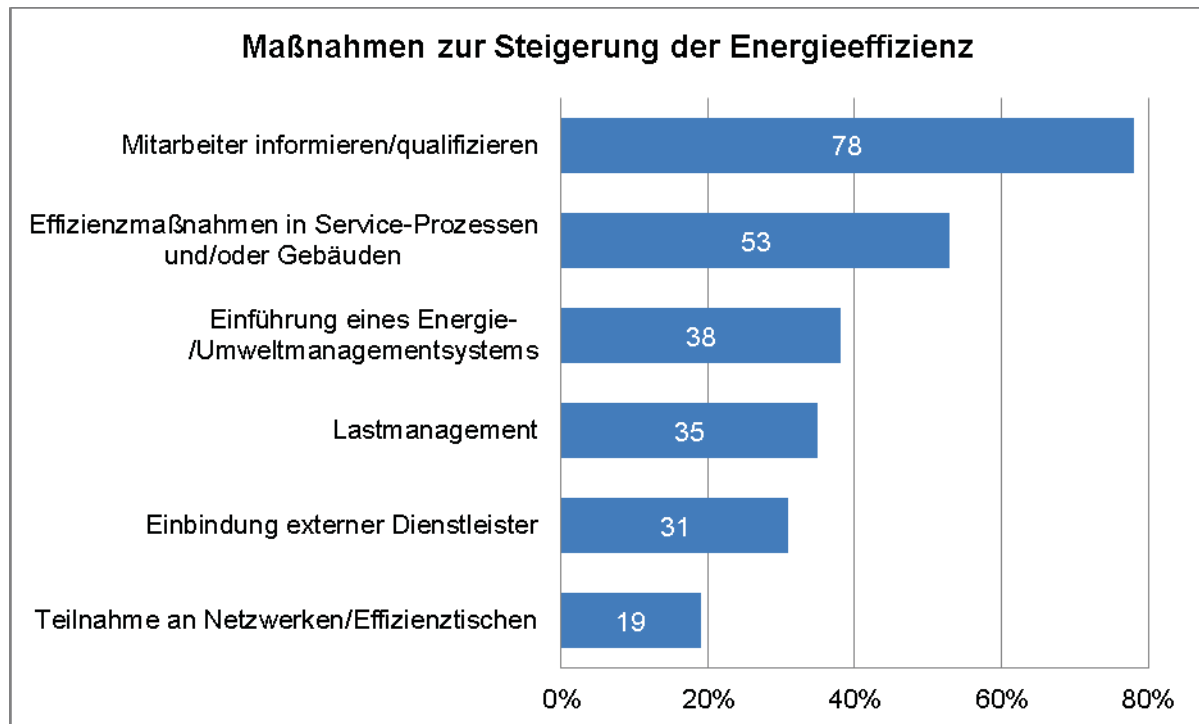


Abbildung 25: Effizienzmaßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Strategisches Energiemanagement in Unternehmen: Das fordert die Wirtschaft

Unternehmen begegnen der Herausforderung Energiewende in vielfältiger Weise, um ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Diskussionen um die Belegung der Eigenerzeugung mit EEG-Umlage sowie über die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie verzögern sinnvolle Investitionen. Die Mittelstandsinitiative Energiewende wird dazu beitragen, dass sich das strategische Energiemanagement in Unternehmen noch weiter verbreitet.

DIHK-Forderungen Strategisches Energiemanagement in Unternehmen

- Keine Belegung der Eigenerzeugung mit EEG-Umlage.
- Keine Verschärfung von Effizienzvorgaben für Unternehmen, insbesondere bei der Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie in nationales Recht.
- Entbürokratisierung bestehender Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz und Öffnung für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern.
- Einführung einer verpflichtenden Direktvermarktung für EE-Neuanlagen und deren Ausstattung mit Herkunftsnachweisen zum Angebot von grünem Strom.

8 Sechzehn Bundesländer – eine Energiewende?

Die mangelnde Abstimmung zwischen Bund und Ländern ist weiterhin das große Manko der Energiewende. Entsprechend ist eine der drei Top-Forderungen der Wirtschaft, dass die Koordination der Energiewende besser werden muss (vgl. Kapitel 9). Die Länder sind weiterhin nicht bereit, sich auf eine gemeinsame Ausbaustrategie bei den erneuerbaren Energien zu verständigen. Immerhin haben sie zugestimmt, dass der Bund ab sofort für die Genehmigung bei länder- und grenzüberschreitenden Projekten des Übertragungsnetzausbaus zuständig ist. Diesem ersten Schritt müssen nach der Bundestagswahl weitere folgen.

Die Energiewende wird von den Ländern nach wie vor als Chance gesehen, obwohl oder gerade weil das vergangene Jahr von einigen Umbrüchen und Veränderungen gekennzeichnet war: So gibt es in jedem Land ein eigenes Energiekonzept¹⁷, und es müssen auf lange Sicht um das gemeinsame Ziel zu erreichen 17 eigenständige Energiewenden unter einen Hut gebracht werden. Eine im Bund und 16 in den Ländern. Zusammengerechnet liegen die Ausbauziele für erneuerbare Energien um etwa 60 Prozent über den im Energiekonzept festgelegten Bundeszielen.

Bezogen auf die Ziele der einzelnen Länder liegt Brandenburg 2013 über seinen selbstgesteckten Zielen, Hessen und das Saarland bleiben hingegen hinter ihren Zielen zurück. Die übrigen Länder liegen entweder ganz oder teilweise im Plan. Elf Länder versuchen mit eigenen Energieagenturen die Energiewende voranzubringen, in Mecklenburg-Vorpommern wird derzeit über eine Landesenergieagentur diskutiert.

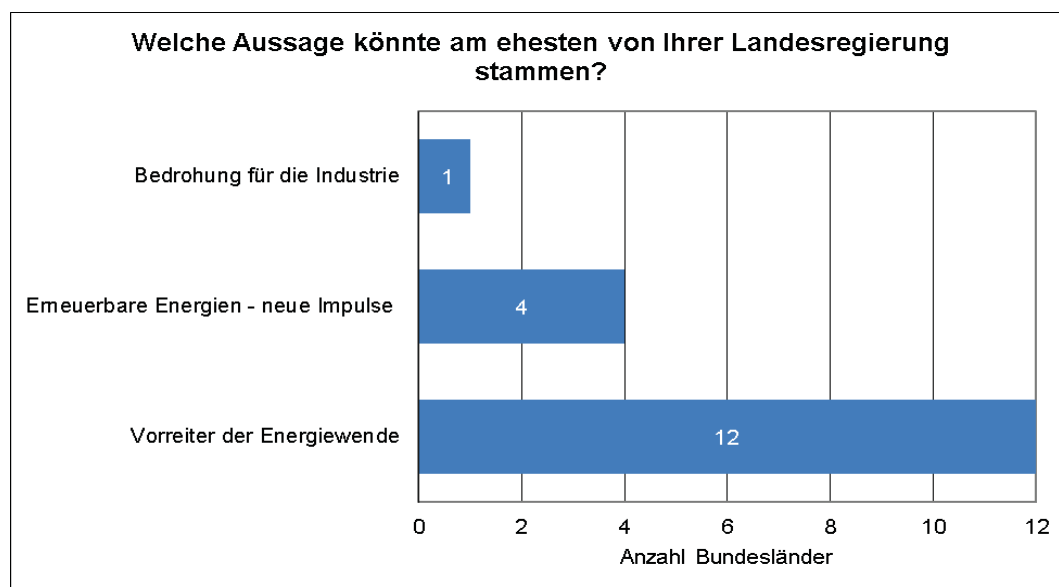


Abbildung 26: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Die Länder lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Länder, die künftig erneuerbaren Strom exportieren wollen, Länder, die sich autark mit erneuerbaren Energien versorgen wollen, und Länder, die zwischen den beiden Gruppen stehen. Zwölf Länder sehen sich 2013 als „Vorreiter der Energiewende“. Auch die Impulskraft der erneuerbaren Energien für die

¹⁷ In Rheinland-Pfalz gibt es eine Roadmap.

Wirtschaft wird von vier Ländern explizit hervorgehoben. Dagegen betont ein Land, dass die Energiewende eine Bedrohung für die heimische Industrie darstellt.

Ganz oben auf der Agenda steht in elf Bundesländern auch im Jahr 2013 der Ausbau der Windenergie - sei es onshore, offshore oder beides. Photovoltaik und Wasserkraft/Pumpspeicher bleiben deutlich dahinter zurück. Knapp die Hälfte der Bundesländer hat sich weiterhin das Thema Steigerung der Energieeffizienz auf die Fahnen geschrieben, nur noch bei zwei Ländern liegt ein Schwerpunkt beim Ausbau von KWK. Drei Länder setzen einen Schwerpunkt beim Zubau konventioneller Kraftwerke. Der für die Energiewende unabdingbare Netzausbau wird auch weiterhin von nur drei Ländern als Priorität eingestuft. Lediglich in Hamburg spielt der Ausbau von Speicherkapazitäten eine Rolle. Biomasse wird hingegen von keinem der Länder als Schwerpunkt betrachtet.

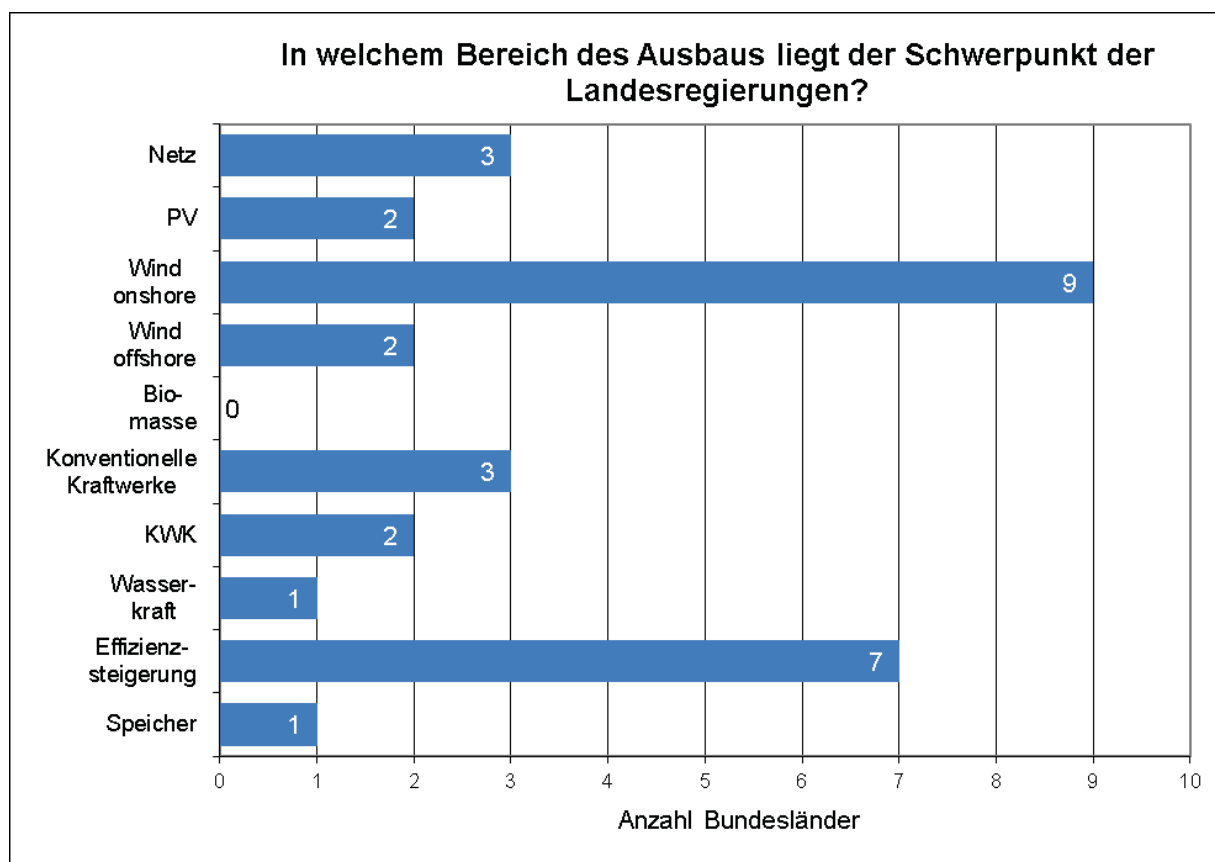


Abbildung 27: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Die Energiewende wurde von Anfang an als Gemeinschaftswerk ausgerufen, das nur mit dem Einsatz und Zusammenspiel aller Akteure gelingen kann. Immerhin hat sich die Zahl der Länder, in denen die Akteure vor Ort – einschließlich den IHKs – umfassend in die strategischen Überlegungen zur Energiewende eingebunden werden, von sechs Ländern 2012 auf neun Länder 2013 erhöht. Eine Beteiligung der unterschiedlichen Interessengruppen findet in allen Ländern statt, wenn auch nicht immer in der zu erwartenden Intensität. Bürgerinitiativen arbeiten in den meisten Ländern nur teilweise konstruktiv mit. Wie im Vorjahr blockieren sie in vier Ländern und sind nicht zur Zusammenarbeit bereit. Auch 2013 ist es an der Politik, regionale Akteure noch stärker einzubinden und an den Bürgerinitiativen ihre Chance zu ergreifen und die Energiewende mitzugestalten.

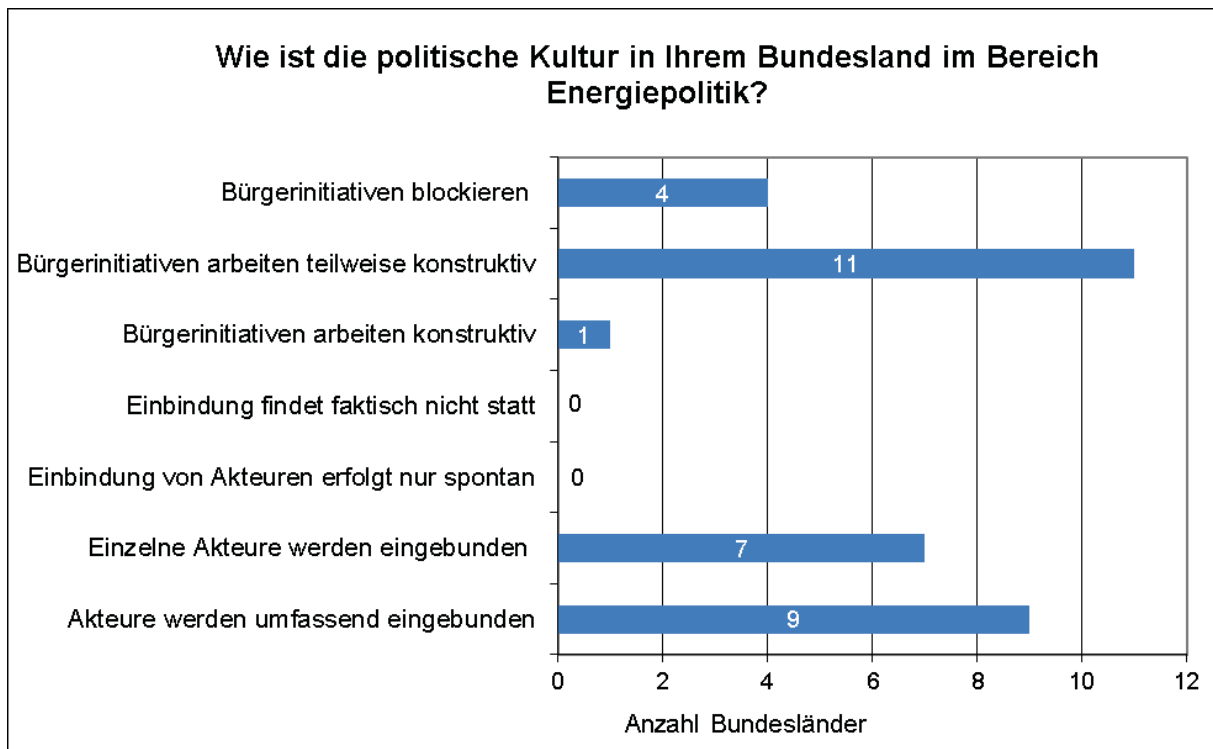


Abbildung 28: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Erneuerbare-Energiebranche steht vor großen Herausforderungen

Die Hoffnung auf regionales, neues Wachstum durch Impulse aus der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat sich 2013 abgeschwächt. Nur noch vier Länder rechnen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien konkret mit neuen Impulsen für die regionale Wirtschaft.

Neun Länder - vorwiegend aus dem Norden und Osten - verfolgen aber weiter Strategien zur Ansiedlung der EE-Branche (Hersteller, Systemdienstleister, Zulieferer). Auf einer Skala von 1 (erfolgreich) bis 5 (erfolglos) werden diese Strategien von den IHKs mit 2,55 als durchschnittlich bewertet. Dies stellt eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr dar (2,4). Von den Energieexperten bewerten dementsprechend auch nur noch knapp über 31 Prozent die momentane Situation der EE-Branche in ihrem Kammerbezirk positiv oder sehr positiv. Über 32 Prozent, mehr als eine Verdoppelung zum Vorjahr, beurteilen die Situation negativ oder sehr negativ. Prominent ist hier die Position der Hersteller von Photovoltaikmodulen, die aufgrund sinkender Nachfrage und starker Konkurrenz aus China vor großen Problemen stehen.

Für die kommenden zwölf Monate wird die wirtschaftliche Entwicklung der erneuerbaren Energien ambivalent beurteilt. 60 Prozent geht von einer stabilen Situation aus, während eine Verschlechterung von über 20 Prozent angenommen wird. Nur noch 14 Prozent rechnen mit einer Verbesserung für die Branche. Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass das nächste Jahr für die Unternehmen der erneuerbaren Branche mit deutlich höheren Anstrengungen verbunden sein wird. Hintergrund sind vor allem auch die Debatten um ein künftiges Marktdesign und damit verbunden die Frage der künftigen Förderung erneuerbarer Energien.

9 Die Wirtschaft fordert: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern

Insgesamt bewertet die deutsche Wirtschaft die Energiewende weiterhin negativ (vgl. Kapitel 3). Lediglich für das Baugewerbe halten sich positive und negative Aspekte die Waage. Die Energiewende kann aber nur dann eine Erfolgsgeschichte werden, wenn sie gesamtwirtschaftlich Vorteile bringt. Viele Weichenstellungen müssen von der Politik noch vorgenommen werden. Die Top-Forderungen der Wirtschaft zielen wie 2012 auf die drei Felder: Versorgung sichern, Kosten senken und Koordination verbessern.

Bei zwei Forderungen der Unternehmen haben sich die Prozentzahlen gegenüber 2012 signifikant verändert: 63 statt 54 Prozent wünschen, dass der Wettbewerb EU-weit gestärkt wird und nur noch 36 statt 43 Prozent erachten den Neubau fossiler Kraftwerke als vordringlich. Die große Stabilität in den Antworten auf die anderen Fragen zeigt: Die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende ist in den vergangenen Monaten kaum vom Fleck gekommen.

Versorgungssicherheit nur mit neuen Netzen

Versorgungssicherheit ist für die Unternehmen ein wichtiges Gut: Stromausfälle sind nicht nur lästig, weil sie die Produktion aufhalten, sondern können vielmehr auch mit erheblichen Schäden an Maschinen verbunden sein. Gleichzeitig kommt der Netzausbau weiterhin nur schleppend voran (vgl. Kapitel 6). Ein rascher Netzausbau würde die Anzahl notwendiger Eingriffe ins Stromnetz verringern – und damit auch die Gefahr von Stromausfällen.

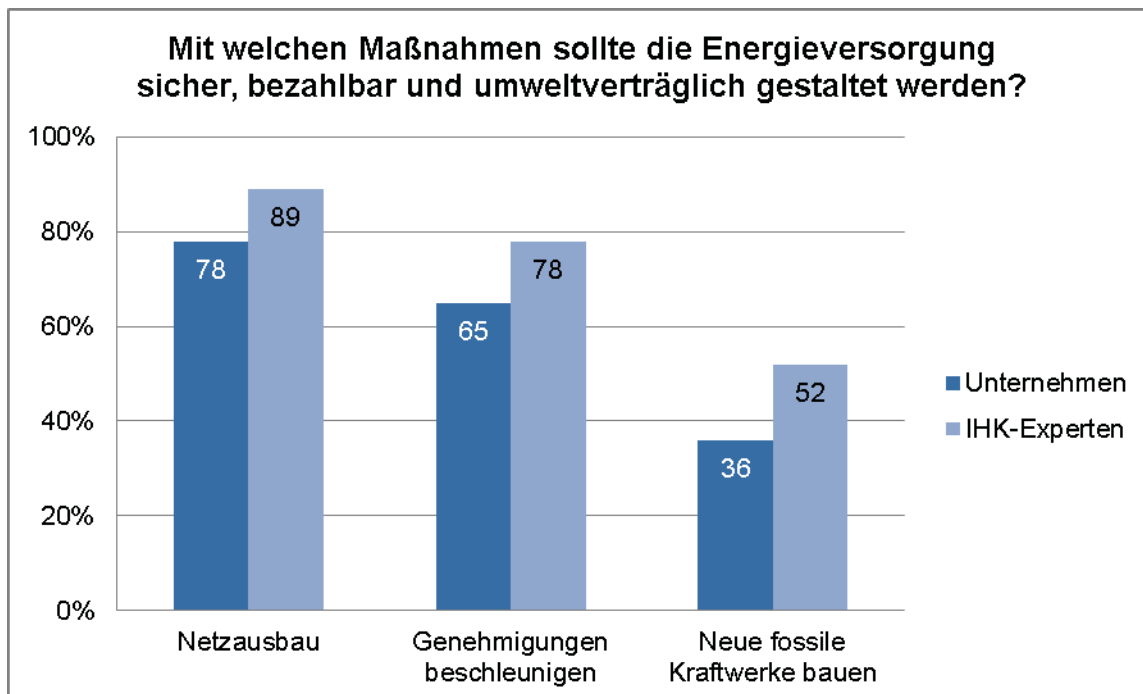


Abbildung 29: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Folgerichtig fordern mehr als drei Viertel der Unternehmen (78 Prozent) von der Politik, sich stärker für den Netzausbau einzusetzen. Er ist damit die Top-Priorität der Wirtschaft. Für die IHK-Energieexperten ist der Netzausbau die zweitwichtigste Forderung.

Ein wichtiger Baustein dafür ist, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Zwar werden die immer wieder im politischen Raum genannten vier Jahre bis zur Aufnahme des Betriebs kaum Realität werden, aber auch eine Halbierung der derzeitigen Zeitspanne von zehn bis zwölf Jahren auf fünf bis sechs Jahre wäre bereits ein großer Erfolg. 65 Prozent der Unternehmen und 78 Prozent der IHK-Energieexperten sehen hier die Politik am Zug. Mit der Kompetenzübertragung für länderübergreifende Strecken ist ein erster wichtiger Schritt getan.

Steuern und Abgaben senken

Neben der Versorgungssicherheit drückt der Schuh bei den Energiekosten: 61 Prozent der Unternehmen bzw. 81 Prozent der IHK-Experten fordern daher eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis. Diese nähern sich – v.a. durch die ständig steigende EEG-Umlage – mittlerweile selbst bei Industrieunternehmen einem Anteil von 50 Prozent. Insgesamt belaufen sich die staatlich festgesetzten Abgaben bereits auf über 30 Mrd. Euro. 2014 steht eine weitere Steigerung vor der Tür. Damit befindet sich Deutschland gegenüber anderen europäischen Staaten im Hintertreffen. Den Unternehmen fehlen dadurch Mittel, um in Energieeffizienz oder neue Produkte zu investieren. Mit der Senkung der Stromsteuer bestünde ein einfacher und schneller Hebel, um den weiteren Anstieg der Endkundenpreise zumindest zu dämpfen.

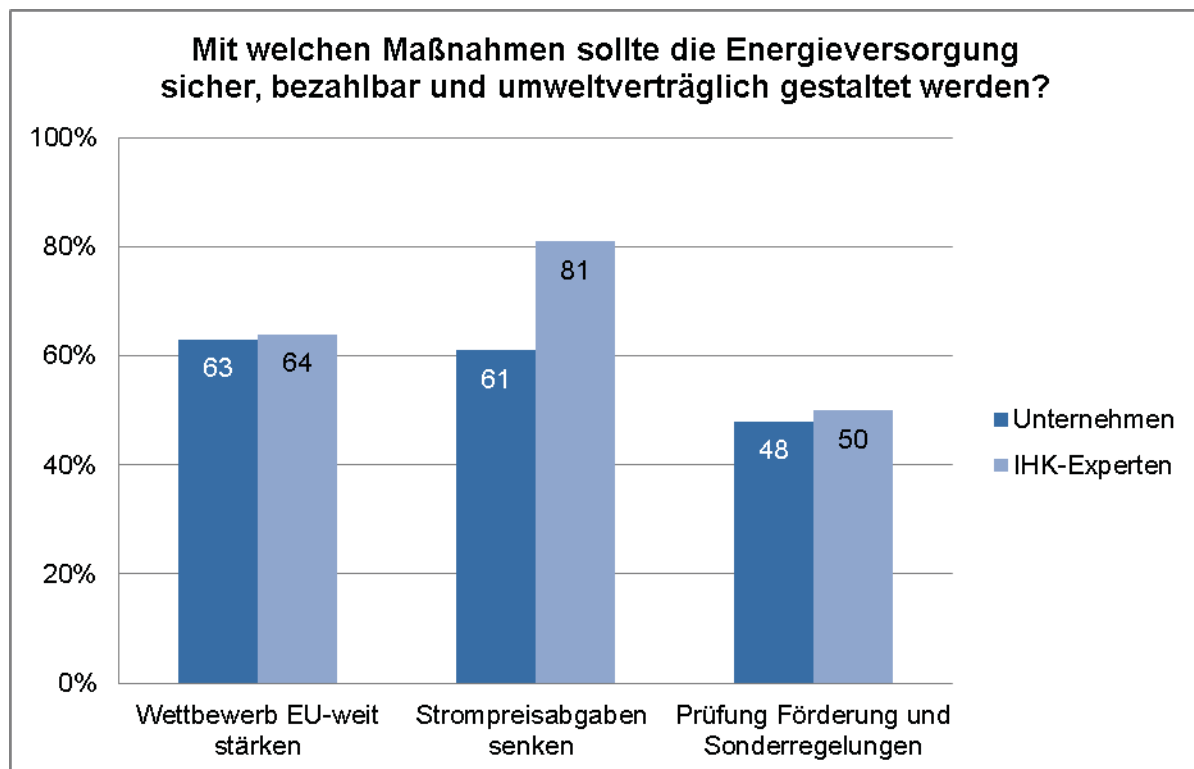


Abbildung 30: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Deutlich häufiger als im vergangenen Jahr wird diese Forderung von den großen Unternehmen erhoben: Sagten 2012 noch 57 Prozent (500 bis 1.000 Mitarbeiter) bzw. 55 Prozent (über 1.000 Mitarbeiter) dieser Gruppe, dass Steuern und Abgaben gesenkt werden müssen, stieg der Anteil auf 65 bzw. 62 Prozent 2013. Zwar können große Unternehmen öfter Sonderregeln in Anspruch nehmen und durch ihre Marktmacht günstiger Strom einkaufen. Sie haben also im Schnitt günstigere Strompreise als kleinere Unternehmen. Trotzdem hat sich die Preisdifferenz zu ausländischen Konkurrenten zum Nachteil des Standortes Deutschland weiter vergrößert. Einher geht dies mit einem Anstieg der Überlegungen, Produktion hierzulande einzuschränken (vgl. Kapitel 5).

Ein probates Mittel zur Dämpfung des zu erwartenden Preisanstiegs ist die Stärkung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt. Das fordern mit 63 Prozent der Unternehmer neun Prozentpunkte mehr als 2012. Es bestehen nach wie vor Lücken in der grenzüberschreitenden Infrastruktur, so dass die physische Voraussetzung eines ungehinderten Wettbewerbs in der EU noch nicht vollständig gegeben ist. Die Politik sollte sich daher für einen raschen Infrastrukturausbau einsetzen, aber auch für eine bessere Abstimmung der Energiepolitiken in den 28 Mitgliedstaaten der EU, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu garantieren. Den Preisauftrieb dämpfen, könnte auch eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Fördertatbestände und Sonderregelungen. Knapp jedes zweite Unternehmen hält dies für wichtig.

Koordination der Energiewende verbessern

Zwei Drittel der Unternehmen haben derzeit den Eindruck, dass die Abstimmung der politischen Ziele und Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung aber auch mit und zwischen den Bundesländern verbessert werden muss (vgl. Kapitel 8).

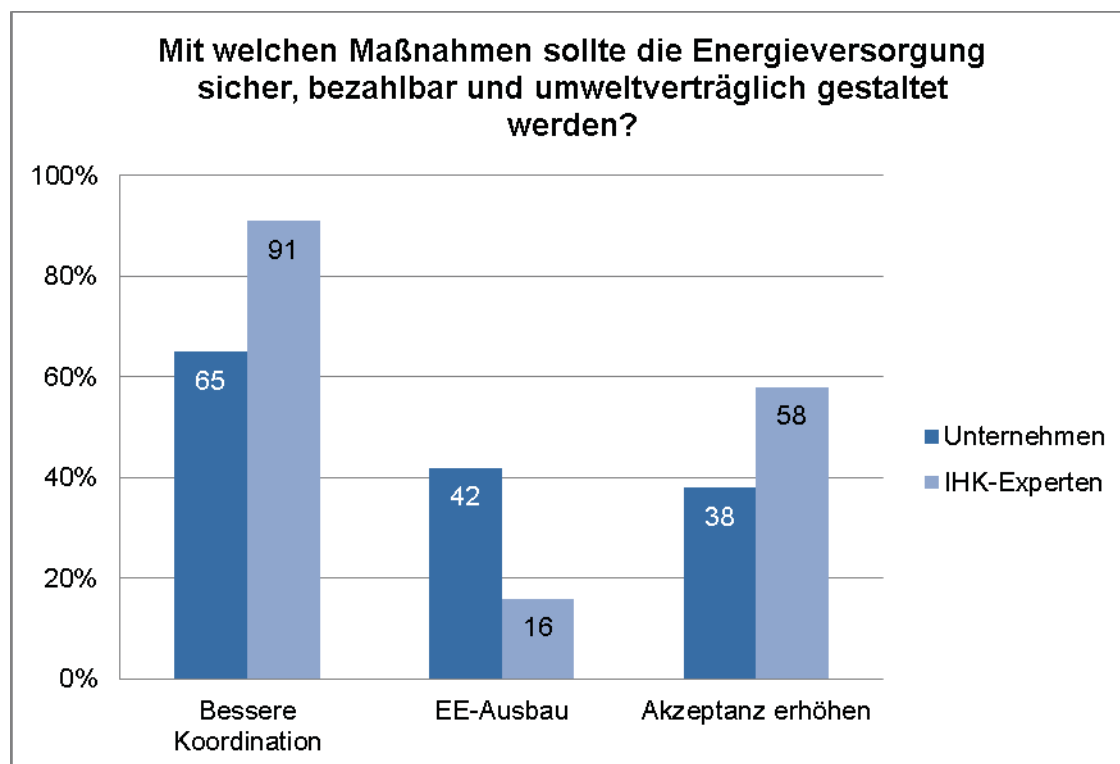


Abbildung 31: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Die IHK-Experten sehen auf Basis der Erfahrungen im Rahmen der Politikberatung seitens der IHKs mit 91 Prozent diese Forderung als noch wichtiger an. Ein Nebeneinander sich widersprechender Ziele und Maßnahmen steht aber einer effizienten Umsetzung der Energiewende auf nationaler und regionaler Ebene entgegen. Sie wird dadurch für die Unternehmen und privaten Haushalte unnötig teuer. Die Politik ist aufgerufen, die Energiewende als Gemeinschaftswerk anzugehen. Die deutsche Wirtschaft leistet ihren Beitrag z. B. durch die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ und die Beteiligung an Planungsverfahren zum Netzausbau.

Die Energiewende gelingt nur, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien weitergeht. Zwei von fünf Unternehmen (42 Prozent) halten den EE-Zubau für wichtig. Die norddeutschen Unternehmen stehen mit 48 Prozent nach wie vor am stärksten hinter dieser Forderung. Dort versprechen sich viele Betriebe vergleichsweise gute Chancen für ihre Produkte (vgl. Kapitel 3), woran bislang auch die Probleme beim Offshore-Ausbau nichts geändert haben. In Ostdeutschland sagen dagegen weiterhin lediglich 31 Prozent der Unternehmen, dass der EE-Ausbau vorangetrieben werden sollte. Das überrascht nicht: Hat doch u.a. der starke Zubau zu höheren Netzentgelten geführt als in den westdeutschen Bundesländern.

Auch die Akzeptanz für den Umbau der Energieversorgung ist für zahlreiche Unternehmen, aber vor allem aus Sicht der IHK-Experten zu verbessern. Neue Leitungen, Kraftwerke und Windräder stoßen immer wieder auf Akzeptanzprobleme vor Ort. Die Politik ist aufgerufen, gemeinsam mit der Wirtschaft für die Umsetzung von Infrastrukturprojekten vor Ort zu werben. Die IHK-Organisation leistet hierfür konstruktive Beiträge.

Effizienzsteigerungen sind Sache der Unternehmen

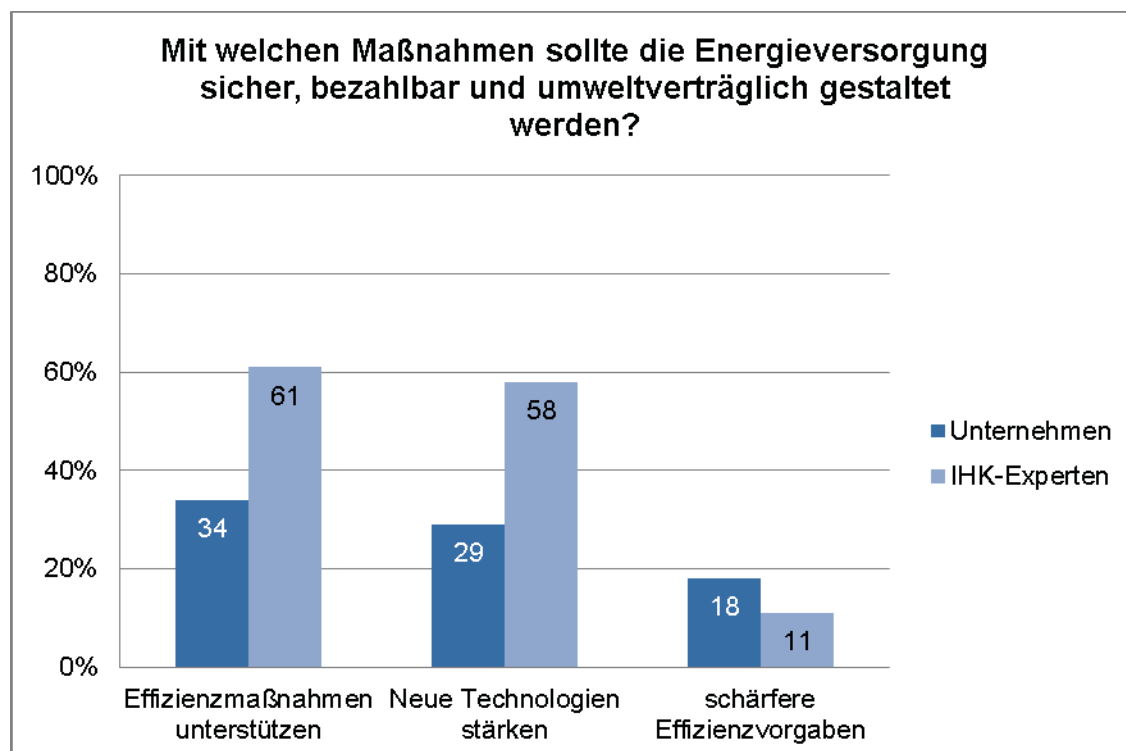


Abbildung 32: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Im Bereich der Energieeffizienz helfen den Unternehmen eher Beratung und Unterstützung von Seiten der Politik (34 Prozent) als gesetzliche Vorgaben für Energieeffizienz (18 Prozent). Diese Meinung wird von den Energieexperten der IHKs mit 61 Prozent (Effizienzmaßnahmen unterstützen) zu elf (schärfere Effizienzvorgaben) Prozent geteilt.

Der Umgang mit Energie ist ureigenste Aufgabe des Managements eines Unternehmens und nicht der öffentlichen Hand. Ein wichtiger Schlüssel dafür ist der Einsatz neuer Technologien. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie sollte daher so in nationales Recht umgesetzt werden, dass den Unternehmen Wahlfreiheit bleibt, mit welchen Maßnahmen sie Energie sparsamer einsetzen wollen. Die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ sensibilisiert und hilft den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen.

... Fortsetzung folgt

Die Liste der Forderungen an die Politik ist nach wie vor lang, es gibt noch viele Baustellen beim Projekt Energiewende. Das ist auch nicht überraschend: Der komplette Umbau des deutschen Energiesystems kann nicht von heute auf morgen gelingen, sondern braucht Zeit. Diese Zeit muss aber sinnvoll genutzt werden: Versorgungssicherheit und Kosten sind drängende Probleme für die deutsche Wirtschaft! Deshalb ist es wichtig, das Projekt Energiewende mit einem stringenten Projektplan durchzuführen und den Prozess genau zu beobachten. Nur so können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und behoben werden. Die Energiewende gibt es nicht gratis, sie muss aber so kosteneffizient wie möglich umgesetzt werden, damit sich ein volkswirtschaftlicher Vorteil einstellen kann.

Nach der Bundestagswahl stehen zahlreiche energiepolitische Entscheidungen auf der Agenda. Entscheidend für die Unternehmen ist, dass sie sich auf Rahmenbedingungen langfristig verlassen können. Wird Eigenerzeugung mit EEG-Umlage belegt oder werden verschärfte Energieeffizienzvorgaben gemacht, kann der Barometerwert 2014 schnell negativer ausfallen.

Deshalb bleibt die IHK-Organisation am Ball: Sie wird weiter jährlich ein Energiewende-Barometer erstellen und Unternehmen sowie IHKs nach ihren Einschätzungen befragen. Defizite bei der Umsetzung der Energiewende sollen regelmäßig ebenso klar benannt werden wie Fortschritte und Erfolgsmeldungen. Darüber hinaus werden die IHKs in den Regionen auf vielfache Weise selbst aktiv bleiben, um Unternehmen zu helfen, Infrastrukturprojekte voranzubringen und damit die Energiewende zu unterstützen. Deshalb hat die IHK-Organisation gemeinsam mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt sowie dem Handwerk die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gegründet. Ziel ist es, die Kommunikation der Themen in Richtung Mittelstand zu verbessern und gemeinsame neue Angebote zur Hilfe und Unterstützung zu entwickeln. Wenn Bund, Länder und Wirtschaft konstruktiv zusammenarbeiten, dann kann das Generationenprojekt Energiewende tatsächlich gelingen und Deutschland wirklich energiepolitisches Vorbild für andere Staaten sein!

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2013
Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist
nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer ISSN 2196-9876

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Dr. Hermann Hübels, Dr. Sebastian Bolay, Jakob Flechtner, Corinna Grajetzky, Dr. Michael
Liecke, Elisabeth Noke

Berlin, August 2013